

Kantonsrat
Parlamentsdienste

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon +41 32 627 20 79
pd@sk.so.ch

EINLADUNG

an die Mitglieder des Solothurner Kantonsrates

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Einvernehmen mit dem Regierungsrat lade ich Sie ein zur

März-Session

Dienstag, 19. März 2024,	8.30 bis 12.30 Uhr
Mittwoch, 20. März 2024,	8.30 bis 12.30 Uhr
Mittwoch, 27. März 2024,	8.30 bis 12.30 Uhr sowie 14.00 bis 16.00 Uhr

in den Kantonsratssal in Solothurn.

Solothurn, 6. März 2024

Mit freundlichen Grüssen
Kantonsratspräsident
Marco Lupi

Hinweise

- Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte (grau unterlegt = spruchreif) S. 2
- Hängige Parlamentarische Vorstösse (grau unterlegt = spruchreif) S. 7
- Mitteilungen S. 40
- Liste der Mitglieder der Ratsleitung und der Mitglieder der Kommissionen S. 41

Präsident: Telefon: 078 818 71 22

Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte

KRG-Nr. Geschäft

(zust. Dept.)

I. Wahlprüfungen und Vereidigungen

II. Wahlen

WG 226/2023	Wahl eines Mitglieds des Steuergerichts für den Rest der Legislaturperiode 2021-2025	(KR)
WG 261/2023	Wahl eines Staatsanwalts oder einer Staatsanwältin für den Rest der Amtsperiode 2021-2025	(KR)
WG 015/2024	Wahl eines Staatsanwalts oder einer Staatsanwältin für den Rest der Amtsperiode 2021-2025	(KR)
WG 016/2024	Wahl des Vizepräsidenten des Jugendgerichts für den Rest der Amtsperiode 2021-2025	(KR)
WG 020/2024	Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission für den Rest der Amtsperiode 2021-2025 (anstelle von Simon Michel, FDP)	(KR)

III. Sachgeschäfte, Beschlüsse

SGB 263/2023	Solothurn / Feldbrunnen-St. Niklaus, Sanierung und Umgestaltung Baselstrasse sowie Verlängerung Kreuzungsstelle St. Katharinen; Bewilligung eines Verpflichtungskredites	(BJD)
SGB 021/2024	Raumbedürfnisse des Heilpädagogischen Schulzentrums Olten; Bewilligung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben zum Abschluss eines Mietvertrages	(BJD)
SGB 022/2024	Raumbedürfnisse des Heilpädagogischen Schulzentrums Balsthal; Bewilligung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben zum Abschluss eines Mietvertrages	(BJD)
SGB 023/2024	Projekt «Realisierung und Einführung ZEMAS – Einführung einer neuen Zeit- und Leistungserfassung und Spesenworkflow»	(FD)

IV. Rechtsetzungsgeschäfte

RG 147/2023	Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) sowie der Kantonalen Bauverordnung (KBV)	(BJD)
RG 217/2023	Anpassungen bei den Amtsgerichten; Teilrevision des Gesetzes über die Gerichtsorganisation (GO) sowie weitere Gesetze	(STK)
RG 225/2023	1. Änderung der Verfassung des Kantons Solothurn (KV); 2. Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung, Brandverhütung, Feuerwehr und Elementarschadenhilfe (Gebäudeversicherungsgesetz; GVG); 3. Änderung des Gebührentarifs (GT)	(VWD)

RG 266/2023	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (EG Ausbildungsfördergesetz Pflege)	(DDI)
RG 003/2024	Anstellungsbehörde für die Staatsschreiberin oder den Staatsschreiber und ihre oder seine Stellvertretung: Änderung der Verfassung des Kantons Solothurn (KV), des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) und weiterer Gesetze sowie des Geschäftsreglements des Kantonsrates von Solothurn	(STK)
RG 004/2024	Änderung des Sozialgesetzes; Chancengleichheit, Religion und Integration der ausländischen Bevölkerung sowie Aufhebung der Case-Management-Stelle und der Gemeindearbeitsämter	(DDI)

V. Verordnungsvetos, Vernehmlassungen

VI. Volksaufträge

VA 107/2023 (BJD)

Volksauftrag «Planungen vor's Volk!»

Der Kantonsrat des Kantons Solothurn wird aufgefordert, das kantonale Planungs- und Baugesetz so anzupassen, dass auch im Kanton Solothurn die Gemeindeversammlungen Planungsbehörde sind.

Begründung 04.05.2023: schriftlich.

Es brodelt in der Bevölkerung: Ob Centravo-Neubau in Balsthal, ob MVN-Ausbau in Neuendorf, ob Ortsplanungen in Trimbach oder Solothurn, Verschandelung von Oensingen, Schaffung von Windparks auf dem Grenchenberg oder in Kleinlützel: All diese Fälle zeigen deutlich, dass die Bevölkerung auf Gemeindeebene mehr demokratische Mitspracherechte einfordert. Der Kanton Solothurn ist neben dem Kanton Freiburg der einzige von 26 Schweizer Kantonen, in welchem die Raumordnung allein in die Kompetenz des Gemeinderats fällt (§ 9 Abs. 2 Planungs- und Baugesetz). Einzige Ausnahme ist das nicht grundeigentümergeleitete Leitbild, über das ca. alle 20 Jahre an der Gemeindeversammlung abgestimmt werden kann. Dieses ist jedoch mehr symbolisch als rechtsetzend (vgl. Formulierung § 9 Abs. 3 Planungs- und Baugesetz). Es ist so aktuell den Stimmberechtigten auf keine erdenkliche Art und Weise möglich, einen Grundsatzentscheid in raumplanerischen Belangen an der Urne zu verlangen. Diese Regelung ist völlig aus der Zeit gefallen. Das Solothurner Recht widerspricht in dieser Sache eindeutig dem übergeordneten Recht, namentlich dem in der Bundesverfassung verankerten Legalitätsprinzip. Gemäss diesem müssen alle grundlegenden und wichtigen rechtlichen Normen von der Legislative beschlossen werden. Dazu gehören namentlich alle

Grundrechtseinschränkungen etwa in Bezug auf die Garantie des Eigentums. Allgemeinabstrakte Planungsnormen gehören ebenfalls dazu. Diese müssten zwingend von der Legislative beschlossen werden, also in der ordentlichen Gemeindeorganisation von der Gemeindeversammlung. Nach dem Planungs- und Baugesetz Solothurn (PGB SO) ist aber der Gemeinderat Planungsbehörde und beschliesst deshalb diese Normen. Das ist unzulässig, wie das Bundesgericht schon verklausuliert hat verlauten lassen (1C_147/2019 Lommiswil Grossmatt: «Die [nachvollziehbaren] Einwände der Beschwerdeführer gegen die Bundesrechtskonformität der Zuständigkeitsordnung des Kantons Solothurn für die Festsetzung der Zonenordnung hätten sie zum Zeitpunkt von deren Erlass vorbringen können und müssen.»).

Unterschriften: 1. Hans Heutschi; insgesamt 196 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 28.11.2023 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 13.12.2023 (schriftlich)

VA 108/2023 (VWD)

Volksauftrag «Endlich mehr Demokratie in den Gemeinden!»

Der Kantonsrat des Kantons Solothurn wird aufgefordert, die kantonale Gesetzgebung so anzupassen, dass in den Gemeinden mit der ordentlichen Gemeindeorganisation Grundsatz- und Konsultativabstimmungen an der Urne (zu Geschäften, die im Kompetenzbereich der Gemeindeversammlung liegen) wieder möglich sind. Ein Teil der Stimmberechtigten sollte entsprechende Abstimmungen verlangen können. Der in der Gemeindeordnung zu bestimmende Teil darf 1/5 nicht übersteigen.

Begründung 04.05.2023: schriftlich.

Das kantonsolothurnische Gemeindegesetz teilt im Gegensatz zu anderen Kantonen besonders viele Kompetenzen der Exekutive, dem Gemeinderat, zu. Die Stimmberechtigten in den Gemeinden können sich an der Gemeindeversammlung, der Legislative, nur zu klar definierten Themen äussern und an der Urne nur über finanzaufwendige Projekte der Gemeinde entscheiden. Selbst wenn ein Gemeinderat es wollte, könnte er weder eine Grundsatz- noch eine Konsultativabstimmung an der Urne über ein Sachgeschäft der Gemeinde einberufen. Diese Regelung gilt seit 2005. Diese Konstellation hat in den vergangenen Jahren zunehmend zu umstrittenen Ergebnissen in den Gemeinden geführt. Die Bevölkerung hatte dabei jeweils keine Möglichkeit, sich an der Urne zu äussern. In der heutigen Zeit ist es jedoch wichtig, die Bevölkerung abzuholen und die öffentliche Meinungsbildung in die Entscheide der Gemeinden einfliessen zu lassen. Angesichts der geringen Beteiligungen an den Gemeindeversammlungen (teilweise < 1 % der Stimmberechtigten) hat die Abstimmung an der Urne massiv an demokratischer Bedeutung gewonnen. Der Bevölkerung in den Gemeinden ist daher das Recht wieder einzuräumen, ihren Willen an der Urne zu äussern.

Unterschriften: 1. Hans Heutschi; insgesamt 196 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 28.11.2023 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 13.12.2023 (schriftlich)

VA 131/2023 (FD)

Volksauftrag «Abschaffung der Personalsteuer auf Kantonaler Ebene»

Der Kanton Solothurn wird beauftragt, zuhanden des Parlaments eine Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz, BGS 614.11) zu erarbeiten. Mit dieser Teilrevision soll die Personalsteuer § 73 Abs. 1 aufgehoben werden.

Begründung 22.05.2023: schriftlich.

Der Kanton Solothurn ist einer der Letzten der das Joch der direkten Staatssteuer als eine regelmässige Last für den Einwohner und die Einwohnerin beibehalten hat. Diese Steuer wurde ausnahmsweise anno 1831 eingeführt. Sie war dazumal vorgesehen, wenn ausserordentliche Bedürfnisse eintreten sollten. Sie wurde namentlich unterworfenen Völkerschaften auferlegt in engem Zusammenhang mit der Unfreiheit.

Die Kopfsteuer ist die gefühlloseste, ja unvollkommenste Art der Personalsteuer, welche die Menschen ohne Unterschied und ohne Rücksicht auf die Grösse oder geringere Leistungsfähigkeit trifft. Es besteht keine Pflicht, dass der Kanton Solothurn eine Personalsteuer erheben muss. Die

Personalsteuer, auch Kopfsteuer genannt, ist im Unterschied zu Einkommens- und Vermögenssteuern nicht progressiv, sie ist vielmehr Gebühr. Unabhängig von ihrer Finanzkraft zahlen alle steuerpflichtigen Personen gleich viel. Steuern sind von ihrer Grundidee her ein Solidarwerk und keine Gebühr. Die Personalsteuer bewirkt jedoch das Gegenteil. Relativ zur Finanzkraft belastet sie die tiefsten Einkommen überdimensioniert. Was die Steuerlast betrifft sollten alle Partner gleich sein, doch in unserem schönen Kanton sind einige Partner gleicher als der Rest der Einwohner und Einwohnerinnen.

Unterschriften: 1. Urs Hümbeli; insgesamt 119 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 28.11.2023 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 10.01.2024 (schriftlich)

VA 140/2023 (BJD)

Volksauftrag «Massnahmenpaket für eine Verbesserung der Verkehrssituation in der Klus bei Balsthal»

Die Regierung wird beauftragt, ein Massnahmenpaket zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Klus bei Balsthal zu erarbeiten und dieses umzusetzen.

Begründung 02.06.2023: schriftlich.

Das Projekt «Verkehrsanbindung Thal» konnte aufgrund rechtlicher Mängel nicht umgesetzt werden. Gegner sowie Befürworter des Umfahrungsprojekts haben nie bestritten, dass es zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Klus verschiedene Optimierungen braucht.

Das Massnahmenpaket soll folgende Stossrichtungen enthalten:

- a) Bauliche Anpassungen beim Veloweg durch die Klus
In der Klus ist noch immer kein durchgehender Veloweg vorhanden. Das ist ein unhaltbarer Zustand – es schreckt ab, auf das (Elektro-)Velo umzusteigen. Insbesondere für Familien sind diese Passagen sehr gefährlich. Es braucht einen durchgehenden, gut ausgebauten Veloweg von der Thalbrücke bis nach Oensingen und entsprechende bauliche Optimierungen.
- b) Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Thal und in Richtung Oensingen
Mit einem massgeblichen Ausbau des öffentlichen Verkehrs werden Anreize für den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn geschaffen. Dadurch wird die Strasse durch die Klus entlastet und gleichzeitig die klimafreundliche Mobilität gefördert.
- c) Prüfung des Knotenpunkts Thalbrücke
Die Barriere der Oensingen-Balsthal-Bahn in der Thalbrücke ist ein wesentlicher Faktor, der die Durchflusskapazität der Solothurnerstrasse in der Klus beeinträchtigt. Es ist aufzuzeigen, mit welchen anderen effizienten, ökologischen und kostengünstigen Mobilitätsformen die Verbindung Balsthal-Oensingen mit dem öffentlichen Verkehr sichergestellt werden kann.
- d) Temporeduktion in der Klus
Zum Schutz der Anwohner und Anwohnerinnen vor Lärm und Abgasen sowie zur Verflüssigung des Verkehrs in der Klus ist eine Temporeduktion vom Kreisel Wengimatt bis zum Kreisel Thalbrücke umzusetzen.
- e) Park&Ride am Knotenpunkt Thalbrücke
Es ist zu prüfen, wie beim Bahnhof Thalbrücke ein Park&Ride aufgebaut werden könnte.

Unterschriften: 1. Fabian Müller; insgesamt 174 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 20.02.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 01.02.2024 (schriftlich)

VA 144/2023 (BJD)

Volksauftrag «Aufhebung überflüssiger Bushaltestellen, insbesondere Bushaltestelle «Kirche» in Neuendorf»

Der Kantonsrat des Kantons Solothurn wird aufgefordert, die Notwendigkeit sämtlicher Bushaltestellen im Kanton Solothurn auf ihre Notwendigkeit (Kosten, Nutzen) zu überprüfen, bevor eine Haltestelle eine Sanierung erfährt (Ausbau, Verschiebung, Erneuerung, etc.). In diesem Sinne sei die heute überflüssige Bushaltestelle «Kirche» in Neuendorf aufzuheben.

Begründung 12.06.2023: schriftlich.

Bestehende Bushaltestellen können nur durch den Kanton aufgehoben werden. Die Entscheidungsträger sind meistens nicht ortskundig. Früher waren die Einwohner hauptsächlich entlang der Dorfstrasse, somit waren diese Bushaltestellen auch so begründet. Neu ist die Mehrzahl der Einwohner nicht mehr an der Dorfstrasse wohnhaft. In allen Ortschaften sieht man diese Verlagerung. Die Begründungen werden heute lediglich mit Ein- und Ausstiegszahlen belegt. Dies ist nur eine Bestandesaufnahme der erzwungenen Ist-Situation durch die bestehenden Bushaltestellen. Das genügt nicht mehr. Vielmehr haben sich die Bushaltestellen nach dem Einzugsgebiet der potentiellen Benutzer zu richten. Arbeitswege, Einkaufen, Schule, Events, Freizeit-Erschliessung.

Dabei soll der Öffentliche Verkehr den Verkehrsfluss möglichst wenig beeinträchtigen. Fahrbahnhalte sollen wo möglich vermieden werden. Zwei aufeinanderfolgende Fahrbahnhalte sind nur in aussergewöhnlichen Situationen zu bewilligen. Fahrbahnhalte sind Energiefresser für die blockierten Fahrzeuge. Die meiste Energie wird beim Anfahren verpufft. Das ist nicht zeitgemäss und nicht umweltfreundlich.

Beispiel Neuendorf:

Geplant sind zwei Fahrbahnhalte nacheinander innerhalb weniger als 500 Meter. Kein anderes Dorf von Olten bis Oensingen hat 3 Bushaltestellen an der Dorfstrasse.

Durch das Streichen der besagten Bushaltestelle ergibt sich für die Benutzer nur eine marginale Verschlechterung. Lediglich für die Einwohner im Umkreis von ca. 200 Metern der Bushaltestelle «Kirche» ergibt sich im max. 5 Minuten mehr Fussweg. Für alle anderen Einwohner spielt die Bushaltestelle «Kirche» nur gewohnheitsbedingt eine Rolle. Der Weg zu den Haltestellen Unterdorf und Hardeck ist praktisch identisch. Weiter sparen die Busbetriebe und alle Passagiere wertvolle Zeit in der Strecke Olten – Oensingen. Das Zeitproblem wird immer wieder von den Busbetrieben erwähnt, jede Sekunde sei wertvoll. Die entstehenden Kosten für den Steuerzahler, um diese Bushaltestelle aufrecht zu erhalten, steht in keinem Verhältnis zu dem Nutzen. Deshalb soll diese ersatzlos gestrichen werden. Neben der enormen Kosteneinsparung für den Kanton und die betroffenen Gemeinden hilft diese Entscheidung insbesondere in Neuendorf dem Umwelt-, Ortsbild-, und Denkmalschutz. Eine echte Win-Win Situation.

Der Volksauftrag soll dringlich behandelt werden, da diese Problematik an vielen Orten jetzt ansteht, sollen doch bis Ende 2023 alle Bushaltestellen für Menschen mit Beeinträchtigungen angepasst werden.

Unterschriften: 1. André Müller; insgesamt 120 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 06.11.2023 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 13.12.2023 (schriftlich)

VII. Planungsbeschlüsse

VIII. Parlamentarische Initiativen

IX. Aufträge

A 142/2021 (KR)

Auftrag Fraktion CVP/EVP: Überprüfung des Wahlverfahrens der kantonalen Beamten und Beamtinnen (07.07.2021)

Die Regierung und die Ratsleitung werden beauftragt, die Vorbereitung, die Art und den Zeitpunkt der Wahlen der kantonalen Beamten und Beamtinnen zu überprüfen und allenfalls notwendig erscheinende Änderungen inkl. der nötigen Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen vorzuschlagen.

Begründung 07.07.2021: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Marie-Theres Widmer, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Rolf Jeggli, Karin Kissling, Edgar Kupper, Matthias Meier Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, André Wyss (18)

Stellungnahme RL: 21.03.2023 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 01.02.2024 (schriftlich)

A 055/2023 (BJD)

Auftrag Richard Aschberger (SVP, Grenchen): Prüfung einer Teil-Rückerstattung der SO-Fahrzeugsteuer (21.03.2023)

Mit diesem Auftrag wird die Regierung beauftragt, eine mögliche Umsetzung zur Teil-Rückerstattung der Fahrzeugsteuer aufzuzeigen und zu präsentieren

Begründung 21.03.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Richard Aschberger, 2. Walter Gurtner, 3. Matthias Borner, Johanna Bartholdi, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Markus Dietschi, Tobias Fischer, Josef Fluri, Martin Flury, Patrick Friker, Thomas Fürst, Thomas Giger, David Häner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Beat Künzli, Edgar Kupper, Adrian Läng, Georg Lindemann, Marco Lupi, Andrea Meppiel, Simon Michel, Stefan Nünlist, David Plüss, Daniel Probst, Werner Ruchti, Christine Rützi, Patrick Schlatter, Markus Spielmann, Marie-Theres Widmer, Mark Winkler, Rémy Wyssmann (34)

Stellungnahme RR: 26.09.2023 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 21.11.2023 (schriftlich)

A 062/2023 (BJD)

Auftrag Fraktion Grüne: Zukunft Klus (22.03.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Verbesserung der Verkehrssituation zwischen Oensingen und Balsthal insbesondere mit folgenden Elementen auszuarbeiten: Moderne Bahnverbindung zwischen Bahnhof Oensingen und Thalbrücke, multimodaler Hub im Bereich Thalbrücke, teilweise oder vollständige Aufhebung des Personenverkehrs zwischen Thalbrücke und Balsthal, durchgehende sichere Veloverbindung, Tempo 30 im Kern des Städtchens Klus. Die Kombination dieser und allfälliger weiterer Massnahmen soll dazu beitragen, 10 – 15 % des motorisierten Individualverkehrs

(MIV) resp. Pendlerverkehrs auf andere Verkehrsträger zu verlagern und die Lebensqualität im Städtchen Klus zu erhöhen.

Begründung 22.03.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Heinz Flück, 2. Myriam Frey Schär, 3. Rebekka Matter-Linder, Janine Eggs, Anna Engeler, Marlene Fischer, David Gerke, Christof Schauwecker, Daniel Urech, Barbara Wyss Flück (10)

Stellungnahme RR: 20.02.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 01.02.2024 (schriftlich)

A 111/2023 (KR)

Auftrag fraktionsübergreifend: Pragmatische Stellvertretungsregelungen für Kommissionen (09.05.2023)

Die Ratsleitung wird aufgefordert, dem Kantonsrat einen Antrag zur Anpassung der Stellvertretungsregelung in Kommissionen zu unterbreiten, mit dem Ziel, die Stellvertretung von Kommissionsmitgliedern durch Fraktionsmitglieder standardmässig zu regeln und zu vereinfachen. Insbesondere sollen § 18 und § 20 des Geschäftsreglements dahingehend angepasst werden, dass die Stellvertretung in Kommissionen nicht nur in Ausnahmefällen bei Absenzen während «längerer Zeit» aus «zwingenden Gründen» möglich ist und von der Ratsleitung genehmigt werden muss. Zudem soll ein Vorschlag auf Gesetzesstufe (Kantonsratsgesetz) ausgearbeitet werden, welche die Informationsrechte für die neue Stellvertretungsregelung in den Kommissionen festlegt.

Begründung 09.05.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Sarah Schreiber, 3. Thomas Lüthi, Melina Aletti, Remo Bill, Janine Eggs, Anna Engeler, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, David Gerke, Philipp Heri, Karin Kälin, Rebekka Matter-Linder, Farah Rummy, Christof Schauwecker, Daniel Urech, Marianne Wyss, Nicole Wyss (20)

Stellungnahme Ratsleitung: 22.12.2023 (schriftlich)

A 112/2023 (DBK)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Richtlinien Künstliche Intelligenz für Bildungseinrichtungen (09.05.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zeitnah (spätestens bis Beginn Schuljahr 2024/2025) für die Solothurner Schulen Grundlagen (Richtlinien, Weiterbildungsangebote und Ähnliches) zu schaffen zur Regelung des Themas «Künstliche Intelligenz (KI)» (u.a. Chatbots) und zur Befähigung der Schulleitungen, Lehrpersonen sowie Schüler und Schülerinnen mit dessen Umgang.

Begründung 09.05.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Mathias Stricker, 3. Nicole Hirt, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, Christian Ginsig, Fabian Gloor, Walter Gurtner, Rolf Jeggli, Sibylle Jeker, Karin Kissling, Beat Künzli, Edgar Kupper, Thomas Lüthi, Matthias Meier-Moreno, Andrea Meppiel, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Simone Rusterholz, Christine Rützi, Patrick Schlatter, Silvia Stöckli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, Marianne Wyss (34)

Stellungnahme RR: 24.10.2023 (schriftlich)

Stellungnahme BIKUKO: 13.12.2023 (schriftlich)

A 116/2023 (DDI)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung (10.05.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen eines «Strategiepapiers» aufzuzeigen, wie er Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in der Legislatur 2025-2029 stärker bekämpfen will.

Begründung 10.05.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Silvia Fröhlicher, 3. Tamara Mühlemann Vescovi, Melina Aletti, Markus Ammann, Remo Bill, Anna Engeler, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Karin Kälin, Karin Kissling, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Farah Rummy, Simone Rusterholz, Sarah Schreiber, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Benjamin von Däniken, Marianne Wyss, Nicole Wyss (32)

Stellungnahme RR: 12.09.2023 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 117/2023 (FD)

Auftrag Patrick Friker (Die Mitte, Niedergösgen): Verhältnismässige Gebühren für die Handänderung von Waldparzellen (10.05.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die kantonale Gesetzgebung so anzupassen, dass die Gebühren für die Handänderung von Waldparzellen so reduziert werden, dass diese den Kaufpreis nicht übersteigen.

Begründung 10.05.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Georg Nussbaumer, 3. Thomas Studer, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Thomas Giger, Walter Gurtner, David Häner, Karin Kissling, Michael Kumpli, Kevin Kunz, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Martin Rufer, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, Beat Späti, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, André Wyss, Hansueli Wyss (25)

Stellungnahme RR: 24.10.2023 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 22.11.2023 (schriftlich)

A 118/2023 (VWD)

Auftrag Fraktion SVP: Sprachkompetenz als Schlüssel zur erfolgreichen Integration (17.05.2023)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen dahingehend zu ändern und zu ergänzen, dass zur Erlangung des Schweizer Bürgerrechts mündliche Deutschkenntnisse entsprechend dem Referenzniveau B2 des Europäischen Referenzrahmens für Sprache des Europarates (GER) und schriftliche Deutschkenntnisse entsprechend dem Referenzniveau B1 nachgewiesen werden müssen. Amtliche Formulare, wie diese im Kanton Solothurn verwendet werden, müssen ohne fremde Hilfe ausgefüllt werden können.

Begründung 17.05.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Christine Rütli, 2. Beat Künzli, 3. Roberto Conti, Matthias Borner, Johannes Brons, Markus Dick, Tobias Fischer, Thomas Giger, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Adrian Läng,

Andrea Meppiel, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Rémy Wyssmann (19)

Stellungnahme RR: 24.10.2023 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 120/2023 (STK)

Auftrag Rémy Wyssmann (SVP, Kriegstetten): Endlich mehr Transparenz im Regierungsrat! (17.05.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, sämtliche Regierungsratsbeschlüsse (RRB) ab Erheblicherklärung und rückwirkend auf zehn Jahre ausnahmslos zu veröffentlichen. Ebenso integral zu veröffentlichen sind die Revisionsberichte der Kantonalen Finanzkontrolle zum Geschäftsbericht und zu einzelnen Prüfungen. Analog zur Praxis des Obergerichts sind die Beschlüsse zu anonymisieren, sofern Persönlichkeitsrechte oder schützenswerte Interessen von Unternehmen betroffen sind. Mit den Veröffentlichungsarbeiten sind die Kommunikations-Mitarbeiter der betroffenen Amtsstellen personal- und kostenneutral zu beauftragen.

Begründung 17.05.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Rémy Wyssmann, 2. Werner Ruchti, 3. Thomas von Arx, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Thomas Giger, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Jennifer Rohr, Philippe Ruf, Silvia Stöckli (19)

Stellungnahme RR: 24.10.2023 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 126/2023 (KR)

Auftrag fraktionsübergreifend: Stellvertreterregelung im Kantonsrat bei Abwesenheiten aus zwingenden Gründen (17.05.2023)

Die Ratsleitung wird beauftragt, das Geschäftsreglement des Kantonsrates dahingehend anzupassen, dass eine Stellvertretung von Kantonsratsmitgliedern, die aus zwingenden Gründen wie Krankheit, Unfall oder Mutterschaft über längere Zeit abwesend sind, ermöglicht wird.

1. Eine Stellvertretung setzt dabei eine Abwesenheit von mindestens 3 Monaten voraus und ist auf eine Maximaldauer von 12 Monaten zu beschränken.
2. Als Stellvertreter bzw. Stellvertreterin gilt die erste nicht gewählte Person auf der Wahlliste der Kantonsratswahlen.
3. Der Stellvertreter bzw. die Stellvertreterin wird – umgehend nach Meldung des Abwesenheitsfalls und ausserhalb der Session – von dem Kantonsratspräsidenten bzw. der Kantonsratspräsidentin vereidigt.

Begründung 17.05.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Heinz Flück, Melina Aletti, Matthias Andereg, Remo Bill, Janine Eggs, Simon Esslinger, David Gerke, David Häner, Philipp Heri, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Rebekka Matter-Linder, Franziska Rohner, Farah Rummy, Christof Schauwecker, Beat Späti, Luzia Stocker, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (22)

Stellungnahme Ratsleitung: 22.12.2023 (schriftlich)

A 148/2023 (BJD)

Auftrag Thomas Marbet (SP, Olten): Fahrplananschlüsse der Läfelfingerlibahn in Olten auch zukünftig gewährleisten (27.06.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich bei den SBB und dem Bundesamt für Verkehr für ein zusätzliches Gleisstück und/oder Weiche einzusetzen, welches den Trasse-Konflikt der S9 mit dem Güterverkehr bei Gleis 1 im Knoten Olten löst.

Begründung 27.06.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Marbet, 2. Myriam Frey Schär, 3. Christian Ginsig, Melina Aletti, Simon Bürki, Silvia Fröhlicher, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli (13)

Stellungnahme RR: 06.11.2023 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 13.12.2023 (schriftlich)

A 152/2023 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Standortentscheid Kantonsschule Solothurn (28.06.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Standortwahl für die Erneuerung der Kantonsschule Solothurn dem Parlament vorzulegen, damit das Parlament auf Basis von Fakten einen Variantenentscheid zur weiteren Bearbeitung fällen kann.

Begründung 28.06.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Simon Michel, 2. Matthias Borner, 3. Michael Ochsenbein, Richard Aschberger, Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Johannes Brons, Roberto Conti, Patrick Friker, Walter Gurtner, David Häner, Sibylle Jeker, Freddy Kreuchi, Michael Kumpli, Kevin Kunz, Adrian Läng, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Thomas Lüthi, Matthias Meier-Moreno, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Stefan Nünlist, Daniel Nützi, Daniel Probst, Werner Ruchti, Martin Rufer, Christine Rützi, Patrick Schlatter, Beat Späti, Markus Spielmann, Silvia Stöckli, Thomas Studer, Christian Thalman, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, Mark Winkler, André Wyss (41)

Stellungnahme RR: 24.10.2023 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 09.11.2023 (schriftlich)

A 155/2023 (DDI)

Auftrag Christof Schauwecker (Grüne, Zuchwil): Formularpflicht bei neuen Mietverträgen (28.06.2023)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen für die Formularpflicht beim Abschluss neuer Mietverträge.

Begründung 28.06.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Laura Gantenbein, 3. Janine Eggs, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, David Gerke, Rebekka Matter-Linder, Daniel Urech (9)

Stellungnahme RR: 20.11.2023 (schriftlich)
Stellungnahme SOGEKO: 13.12.2023 (schriftlich)

A 157/2023 (BJD)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Verfahren für Stromproduktionsprojekte verkürzen (28.06.2023)

Die Regierung wird beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit bei Projekten für die Stromproduktion die Bewilligungsverfahren inkl. der Rechtsverfahren auf kantonaler Ebene verkürzt werden. Namentlich sollen maximale Behandlungsfristen für die Bewilligungs- und Rechtsverfahren auf kantonaler Ebene eingeführt werden. Dem Kantonsrat ist eine Vorlage zu unterbreiten.

Begründung 28.06.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Martin Rufer, 2. Markus Spielmann, 3. Daniel Probst, Johanna Bartholdi, Daniel Cartier, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Georg Lindemann, Marco Lupi, Simon Michel, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, David Plüss, Christian Thalman, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansueli Wyss (19)

Stellungnahme RR: 20.02.2024 (schriftlich)
Stellungnahme UMBAWIKO: 01.02.2024 (schriftlich)

A 159/2023 (VWD)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Bestattung von Sternenkindern (05.07.2023)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, dass Fehl- und Totgeburten bestattet werden können, sofern die Eltern dies wünschen.

Begründung 05.07.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Fabian Gloor, 3. Rolf Jeggli, Patrick Friker, Kuno Gasser, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Patrick Schlatter, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer (14)

Stellungnahme RR: 28.11.2023 (schriftlich)
Stellungnahme SOGEKO: 13.12.2023 (schriftlich)

A 162/2023 (DDI)

Auftrag Fraktion SVP: Förderung und Forderung von sozialen Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft (05.07.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, soziale Einsätze zugunsten der Gemeinschaft durch Asylsuchende, Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene (Status N, F, S und B), die durch Steuergelder unterstützt werden, zu fördern und zu fordern.

Insbesondere sollen diese Personengruppen vermehrt zum Betrieb der Sozialregionen herangezogen werden sowie in sozialen Einsätzen Leistungen zugunsten der Gemeinschaft, oder Teilen davon, erbringen, sofern sie volljährig, arbeitsfähig, ohne Betreuungspflichten und ohne Arbeit sind. Die Bewilligungspraxis für solche sozialen Einsätze soll einfach, rasch und unbürokratisch erfolgen. Die Sozialregionen sollen dabei Einsätze, die keinen kommerziellen Zweck verfolgen, selbst bewilligen können. Es soll dabei aber keine Konkurrenzierung des Gewerbes stattfinden. Durch die Vermittlung solcher Einsätze sollen aktive Sozialregionen einen spürbaren finanziellen Nutzen erzielen können und damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ihrer Region entlasten.

Die Umsetzung innerhalb der Sozialregionen hat ab 01.07.2023 zu erfolgen.

Begründung 05.07.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Markus Dick, 2. Silvia Stöckli, 3. Beat Künzli, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Tobias Fischer, Thomas Giger, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Christine Rütli, Thomas von Arx, Rémy Wyssmann (21)

Stellungnahme RR: 20.02.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 164/2023 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Senkung der Hürden für Solaranlagen in der Juraschutzzone (05.07.2023)

Die Regierung wird beauftragt, die rechtlichen Vorgaben insbesondere im Bereich Natur- und Heimatschutz dahingehend anzupassen, damit Solaranlagen auf Gebäuden in der Juraschutzzone einfacher realisierbar sind.

Begründung 05.07.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Martin Rufer, 2. Philipp Heri, 3. Myriam Frey Schär, Matthias Anderegg, Johanna Bartholdi, Remo Bill, Johannes Brons, Markus Dietschi, Anna Engeler, Simon Esslinger, Heinz Flück, Silvia Fröhlicher, Thomas Fürst, Laura Gantenbein, David Gerke, Thomas Giger, Christian Ginsig, David Häner, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Sibylle Jeker, Karin Kälin, Freddy Kreuchi, Michael Kumli, Kevin Kunz, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Simon Michel, Manuela Misteli, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Daniel Probst, Farah Rummy, Simone Rusterholz, Christine Rütli, Christof Schauwecker, Beat Späti, Markus Spielmann, Luzia Stocker, Silvia Stöckli, Mathias Stricker, Thomas Studer, Christian Thalman, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Marianne Wyss, Nicole Wyss, Hansueli Wyss (55)

Stellungnahme RR: 28.11.2023 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 01.02.2024 (schriftlich)

A 168/2023 (DBK)

Auftrag Fraktion SVP: Marktübliche Mietzinsen auch für Schlossherren (05.07.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den im Grundbuch vorgemerkten Mietvertrag gemäss Ziff. 15 des Schenkungs- und Kaufvertrages vom 19. April 1963 mit der Familie von Sury aufzuheben und einen Mietvertrag zu einem marktüblichen Mietzins auszuschreiben. Mit der Vorbereitung und mit dem Vollzug des Auftrages ist ein unbefangenes Departement zu beauftragen.

Begründung 05.07.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Rémy Wyssmann, 2. Andrea Meppiel, 3. Werner Ruchti, Roberto Conti, Markus Dick, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Jennifer Rohr, Silvia Stöckli, Thomas von Arx (12)

Stellungnahme RR: 24.10.2023 (schriftlich)

Stellungnahme BIKUKO: 13.12.2023 (schriftlich)

A 172/2023 (KR)

Auftrag SP/junge SP: Rassistische Diskriminierung im Kantonsrat (05.07.2023)

Die Ratsleitung wird beauftragt, Massnahmen auszuarbeiten, um herabsetzende, insbesondere diskriminierende Äusserungen gegenüber Minderheiten im Kantonsrat direkt zu sanktionieren.

Begründung 05.07.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Farah Romy, 2. Remo Bill, 3. Luzia Stocker, Melina Aletti, Markus Ammann, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Philipp Heri, Stefan Hug, Karin Kälin, Thomas Marbet, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Marianne Wyss, Nicole Wyss (15)

Stellungnahme Ratsleitung: 22.12.2023 (schriftlich)

A 173/2023 (DBK)

Auftrag Nicole Hirt (glp, Grenchen): Überarbeitung der Bildungsstrategie beim Fremdspracherwerb an der Volksschule und Stärkung der Grundlagenfächer (05.07.2023)

Eine gemeinsame Bildungsstrategie in Bezug auf den Erwerb der Fremdsprachen in allen Passepartout-Kantonen wird befürwortet und deshalb wird die Regierung aus aktuellem Anlass (parlamentarische Vorstösse, ÜGK 2023) beauftragt, ebenfalls zu prüfen

1. wie die aktuelle Sprachenstrategie (Schulsprache, Fremdsprachenunterricht) hinsichtlich ihrer Effizienz grundsätzlich überprüft und ergebnisorientiert angepasst werden kann
2. wie die Ergebnisse der Überprüfung des Erreichens von Grundkompetenzen (ÜGK) 2023 in eine konkrete Verbesserung der Sprachenstrategie einfließen können, die das Ziel haben, sowohl in der Schulsprache wie auch in den Fremdsprachen bessere Leistungen zu erzielen
3. ob der Erwerb der Fremdsprachen allenfalls verlegt werden kann/soll (z.B. Französisch auf die 5. und Englisch auf die 6. Klasse) und im Gegenzug die Grundlagenfächer Deutsch und Mathematik stärker gewichtet werden können
4. inwiefern die Fremdsprachendidaktik grundsätzlich angepasst werden muss, um bessere Leistungen zu erzielen
5. inwiefern eine gemeinsame Strategie mit allen Passepartout-Kantonen möglich und sinnvoll wäre und welche Schritte notwendig sind, um die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Begründung 05.07.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Nicole Hirt, 2. Tamara Mühlemann Vescovi, 3. Michael Kumkli, Roberto Conti, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Beat Künzli, Thomas Lüthi, Andrea Meppiel, Simone Rusterholz, Jonas Walther (12)

Stellungnahme RR: 28.11.2023 (schriftlich)

Stellungnahme BIKUKO: 13.12.2023 (schriftlich)

A 175/2023 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Keine Benachteiligung der Standortgemeinden der FHNW (05.07.2023)

§ 18 des Fachhochschulgesetzes vom 31. Oktober 2007 des Kantons Solothurn ist auf das kommende Kalenderjahr ersatzlos zu streichen. Daraus resultierend sollen Standortgemeinden der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) im Kanton Solothurn zur bestehenden Belastung nicht noch Beiträge bezahlen müssen.

Begründung 05.07.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Philippe Ruf, 2. Fabian Gloor, 3. Markus Ammann, Matthias Borner, Rea Eng-Meister, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Christian Ginsig, Walter Gurtner, Philipp Heri, Nicole Hirt, Stefan Hug, Karin Kissling, Thomas Marbet, Stefan Nünlist, Thomas von Arx, Marianne Wyss (17)

Stellungnahme RR: 28.11.2023 (schriftlich)

Stellungnahme BIKUKO: 13.12.2023 (schriftlich)

A 176/2023 (BJD)

Auftrag Janine Eggs (Grüne, Dornach): Gerechte Verhältnisse bei der Kompensation von Fruchtfolgeflächen schaffen (05.07.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Kompensation von Fruchtfolgeflächen (FFF) so zu regeln, dass die gleichen Voraussetzungen für alle geschaffen werden und somit gerechte Verhältnisse gelten. Dabei sollen nicht nur die Beanspruchung von FFF, sondern die Versiegelung des Bodens und die Zersiedelung allgemein so gering wie möglich gehalten werden.

Um gerechte Verhältnisse zu schaffen, ist insbesondere die Einführung eines kantonalen FFF-Fonds zu prüfen. Mit dem Fonds sollen Planungssicherheit, Umsetzungsmöglichkeit und Kostengleichheit von FFF-Kompensationen gewährleistet werden. Aufwand und Kosten der Verwaltung für die Bewirtschaftung des FFF-Fonds sollen so gering wie möglich gehalten werden.

Begründung 05.07.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Georg Nussbaumer, 3. Edgar Kupper, Markus Ammann, Remo Bill, Anna Engeler, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Philipp Heri, Karin Kälin, Freddy Kreuchi, Rebekka Matter-Linder, Christof Schauwecker, Mathias Stricker, Nicole Wyss (18)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 188/2023 (DDI)

Auftrag Hardy Jäggi (SP, Recherswil): Flächendeckende Schulsozialarbeit (06.09.2023)

Der Regierungsrat wird gebeten, die Vor- und Nachteile sowie die personellen und finanziellen Auswirkungen auf Kanton und Gemeinden zu prüfen, wenn auf der Primar- und Sekundarstufe flächendeckend die Schulsozialarbeit eingeführt würde.

Begründung 06.09.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Hardy Jäggi, 2. Mathias Stricker, 3. Philipp Heri, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Anna Engeler, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Urs Huber, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Karin Kälin, Rebekka Matter-Linder, Tamara Mühlemann Vescovi, Franziska Rohner, Farah Rummy, Luzia Stocker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Bruno Vögtli, Marianne Wyss, Nicole Wyss (27)

Stellungnahme RR: 16.01.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: 31.01.2024 (schriftlich)

A 196/2023 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Räumliches Leitbild behördenverbindlich (13.09.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Anpassung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes vorzubereiten, mit der das räumliche Leitbild zu einem behördenverbindlichen Planungsinstrument weiterentwickelt wird.

Begründung 13.09.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Barbara Leibundgut, 3. André Wyss, Markus Ammann, Samuel Beer, Hubert Bläsi, Anna Engeler, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Fabian Gloor, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kälin, Edgar Kupper, Thomas Lüthi, Thomas Marbet, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Markus Spielmann, Jonas Walther (24)

Stellungnahme RR: 29.01.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 197/2023 (BJD)

Auftrag Remo Bill (SP, Grenchen): Ein flächendeckendes Bauinventar erstellen und Mechanismen für die regelmässige Überprüfung von Bauten jüngerer Generationen installieren (13.09.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein flächendeckendes Bauinventar (inkl. Objekten auf Gemeindeebene) zu erstellen und Mechanismen für die regelmässige Überprüfung von Bauten jüngerer Generationen zu installieren.

Begründung 13.09.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Remo Bill, 2. Matthias Anderegg, 3. Farah Rummy, Markus Ammann, Richard Aschberger, Hubert Bläsi, Simon Bürki, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, David Gerke, Philipp Heri, Stefan Hug, Karin Kälin, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Georg Nussbaumer, Franziska Rohner, Christof Schauwecker, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Marianne Wyss, André Wyss, Nicole Wyss (28)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 198/2023 (DBK)

Auftrag Nicole Hirt (glp, Grenchen): Religionsunterricht an Solothurner Volksschulen - Trennung von Kirche und Staat (13.09.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, damit das Fach Religion analog der dem Bildungsraum Nordwestschweiz angegliederten Kantone (BS, BL und AG) ausgestaltet werden kann.

Begründung 13.09.2023: schriftlich

Unterschriften: 1. Nicole Hirt, 2. Christian Ginsig, 3. Thomas Lüthi, Melina Aletti, Markus Ammann, Samuel Beer, Janine Eggs, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Daniel Probst, Markus Spielmann, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf, Marianne Wyss, Hansueli Wyss (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 228/2023 (STK)

Auftrag FDP.Die Liberalen: Listenverbindungen abschaffen (07.11.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Anpassung der rechtlichen Grundlagen zu unterbreiten, damit bei Wahlen nur noch Verbindungen zwischen Listen der Mutter- und der jeweiligen Jungpartei (Unterlistenverbindung) zulässig sind. Die Vorlage ist innert sechs Monaten zu unterbreiten, so dass die entsprechenden Gesetzesänderungen bereits auf die Kantonsratswahlen 2025 angewendet werden können.

Begründung 07.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Sabrina Weisskopf, 2. Martin Rufer, 3. Manuela Misteli, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Stefan Nünlist, David Plüss, Daniel Probst, Markus Spielmann, Christian Thalmann, Hansueli Wyss (20)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 229/2023 (STK)

Auftrag FDP.Die Liberalen: Standesinitiative zur Abschaffung von Listenverbindungen bei den Nationalratswahlen (07.11.2023)

Der Stand Solothurn ersucht die eidgenössischen Räte, Art. 31 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) vom 17. Dezember 1976 (SR 161.1) inkl. der dazugehörigen Ausführungsbestimmungen und -erlasse aufzuheben bzw. so abzuändern, dass bei Nationalratswahlen nur noch Verbindungen zwischen Listen der Mutter- und der jeweiligen Jungpartei (Unterlistenverbindung) zulässig sind. Listenverbindungen zwischen unterschiedlichen Parteien bzw. zwischen unterschiedlichen Listen der gleichen Partei sollen nicht mehr zulässig sein.

Begründung 07.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Sabrina Weisskopf, 2. Martin Rufer, 3. Manuela Misteli, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kummli,

Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Marco Lupi, Stefan Nünlist, David Plüss, Daniel Probst, Markus Spielmann, Christian Thalmann, Hansueli Wyss (20)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 230/2023 (DBK)

Auftrag Fraktion SP/Junge SP: Tagesbetreuungs-Angebote für Kinder mit Behinderungen und Entlastungstage für Kinder mit schweren Behinderungen beibehalten (07.11.2023)

Der Regierungsrat wird gebeten, rechtliche Grundlagen zu erarbeiten, die es ermöglichen, dass

- die ausserschulische Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung an den Heilpädagogischen Schulzentren im Kanton Solothurn
- und Entlastungstage für Kinder mit schweren Behinderungen in den Einrichtungen im Kanton Solothurn

beibehalten werden können.

Begründung 07.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Hardy Jäggi, 2. Franziska Rohner, 3. Luzia Stocker, Melina Aletti, Matthias Andereg, Richard Aschberger, Remo Bill, Matthias Borner, Simon Bürki, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, David Gerke, Christian Ginsig, Walter Gurtner, Philipp Heri, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Karin Kissling, Michael Kummli, Thomas Marbet, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Farah Rummy, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Thomas Studer, Susan von Sury-Thomas, Marianne Wyss, André Wyss, Nicole Wyss (42)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 233/2023 (DDI)

Auftrag fraktionsübergreifend: Aufhebung der Altersgrenze des jüngsten Kindes bei der Familienergänzungsleistung (FamEL) (08.11.2023)

Die Regierung wird beauftragt, das Sozialgesetz so anzupassen, dass bei den Familienergänzungsleistungen die Altersgrenze des jüngsten Kindes von sechs auf zwölf Jahre angehoben wird.

Begründung 08.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Luzia Stocker, 2. Thomas Studer, 3. Marlene Fischer, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Andereg, Remo Bill, Simon Bürki, Rea Eng-Meister, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, David Gerke, Christian Ginsig, Philipp Heri, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Rolf Jeggli, Thomas Marbet, Rebekka Matter-Linder, Franziska Rohner, Farah Rummy, Simone Rusterholz, Sarah Schreiber, Mathias Stricker, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Marianne Wyss, André Wyss (32)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 234/2023 (VWD)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Erhöhung der minimalen Familienzulagen um 30 Franken (08.11.2023)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die minimalen Familienzulagen (Kinder- und Ausbildungszulagen) um je 30 Franken zu erhöhen.

Begründung 08.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Silvia Fröhlicher, 3. Susan von Sury-Thomas, Melina Aletti, Samuel Beer, Simon Bürki, Rea Eng-Meister, Heinz Flück, Patrick Friker, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Urs Huber, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Karin Kissling, Edgar Kupper, Thomas Lüthi, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, Luzia Stocker, Silvia Stöckli, Thomas Studer, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Bruno Vögtli, Jonas Walther, Marianne Wyss (34)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 236/2023 (DDI)

Auftrag Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP: Aufgaben der Kantonspolizei überprüfen (08.11.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, ob eine Auslagerung von gewissen Aufgaben der Kantonspolizei an öffentlich-rechtliche Körperschaften sinnvoll und möglich ist.

Begründung 08.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Fabian Gloor, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Rolf Jeggli, Karin Kissling, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, André Wyss (19)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 238/2023 (STK)

Auftrag Thomas Marbet (SP, Olten): Vorfrankierte Wahl- und Abstimmungscouverts (14.11.2023)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die gesetzlichen Bestimmungen dahingehend anzupassen, dass die Gemeinden und Städte des Kantons Solothurn ihren Stimmberechtigten das Abstimmen mit vorfrankierten Wahl- und Abstimmungscouverts ermöglichen können.

Begründung 14.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Marbet, 2. Markus Ammann, 3. Melina Aletti, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Karin Kälin, Franziska Rohner, Christof Schauwecker, Nadine Vögeli, Marianne Wyss, Nicole Wyss (15)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 240/2023 (BJD)

Auftrag Michael Ochsenbein (Die Mitte, Luterbach): Aufwendungen für die Berechnung des Planungsausgleichsmehrwerts fair teilen (14.11.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Planungsausgleichsgesetz (PAG) so anzupassen, dass sich der Kanton in denjenigen Fällen, in denen Abgaben an eben diesen fließen, an den finanziellen Aufwendungen der Gemeinde zur Erhebung der Ausgleichsabgabe hälftig beteiligt.

Begründung 14.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Michael Ochsenbein (1)

Stellungnahme RR: 16.01.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 01.02.2024 (schriftlich)

A 243/2023 (FD)

Auftrag Rémy Wyssmann (SVP, Kriegstetten): Streichung von § 45^{bis} Staatspersonalgesetz (15.11.2023)

§ 45bis des Staatspersonalgesetzes sei ersatzlos zu streichen.

Begründung 15.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Rémy Wyssmann, 2. Philippe Ruf, 3. Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Thomas Fürst, Thomas Giger, Michael Kummli, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Werner Ruchti, Christine Rütli, Markus Spielmann, Thomas von Arx, Mark Winkler (20)

Stellungnahme RR: 27.02.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 246/2023 (STK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Einführung einer Stimm- und Wahlpflicht (15.11.2023)

Für eidgenössische, kantonale und kommunale Wahlen und Abstimmungen ist eine Stimm- und Wahlpflicht einzuführen. Davon ausgenommen sind die Gemeindeversammlungen.

Art. 25 unserer Kantonsverfassung ist entsprechend zu ergänzen. Im Gesetz über die politischen Rechte sind die Ausnahmen und Sanktionen festzulegen. Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf vorzulegen.

Begründung 15.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Markus Dick, 2. Johanna Bartholdi, 3. Remo Bill, Melina Aletti, Johannes Brons, Roberto Conti, Simon Esslinger, Thomas Giger, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Freddy Kreuchi, Beat Künzli, Adrian Läng, Georg Lindemann, Stefan Nünlist, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Christof Schauwecker, Mathias Stricker, Thomas von Arx, Jonas Walther, Mark Winkler, Hansueli Wyss, Rémy Wyssmann (25)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 267/2023 (FD)

Auftrag Justizkommission: Aufhebung der Wohnsitzpflicht bei Ersatzrichterinnen und Ersatzrichtern (20.12.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Aufhebung der Wohnsitzpflicht bei Ersatzrichterinnen und -richtern an Gerichten zu prüfen. Bei der Prüfung ist zusätzlich das Verhältnis von § 37 Staatspersonalgesetz zu Artikel 60 Kantonsverfassung sowie die Frage der Notwendigkeit einer Verfassungsänderung zu erörtern.

Begründung 20.12.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Urs Huber, 3. Karin Kissling (3)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 270/2023 (DDI)

Auftrag Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP: Faires Prämienverbilligungssystem (20.12.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass bei der Berechnung der Prämienverbilligungen Konkubinatspaare den Ehepaaren gleichgestellt werden.

Begründung 20.12.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Rolf Jeggli, 3. Benjamin von Däniken, Patrick Friker, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Karin Kissling, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer (19)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 271/2023 (FD)

Auftrag Fraktion glp: Schaffung Steuerungsinstrument Staatspersonal (20.12.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Steuerungsinstrument Staatspersonal auszuarbeiten und dem Kantonsrat vorzulegen. Das Steuerungsinstrument soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

1. Der Kantonsrat soll ein zusätzliches Steuerungsinstrument Staatspersonal/Full Time Equivalent (FTE) erhalten.
2. Diese Mess- und Steuerungsgrösse soll so angewendet werden, dass damit insbesondere
 - a. Flexibilität besteht innerhalb der Verwaltung (z.B. könnte ein Amt über dem Zielwert liegen, wenn dafür ein anderes Amt den Wert kompensiert),
 - b. bereits heute gut optimierte Ämter nicht bestraft werden,
 - c. auf allfällige Bundesentscheide/Bundsvorgaben reagiert werden kann,
3. Die Mess- und Steuerungsgrösse ist entsprechend zu definieren (Staatspersonal/FTE zu Bevölkerungsanzahl, Staatspersonal/FTE zu Bruttoinlandprodukt [BIP], oder ähnlich) und kann auch kombiniert werden.
4. Die Einführung kann gestaffelt erfolgen, muss aber innert vier Jahren nach Inkrafttreten den Zielwert erreichen.

Begründung 20.12.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Samuel Beer, 2. Christian Thalmann, 3. Jonas Walther, Johanna Bartholdi, Nicole Hirt, Freddy Kreuchi, Michael Kumkli, Georg Lindemann, Thomas Lüthi, Daniel Probst, Stephanie Ritschard, Simone Rusterholz, Mark Winkler (13)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 272/2023 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Ballsporthalle Region Solothurn für Berufsschule und Vereine (20.12.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Planung für den Bau von Ballsporthallenkapazitäten für die Berufsschule BBZ Solothurn und Vereine in der Region Solothurn zusammen mit der Stadt Solothurn voranzutreiben und dem Kantonsrat ein entsprechendes Hochbauprojekt zur Verabschiedung vorzulegen. Das Vorhaben soll auch unabhängig vom Projekt der Erneuerung der Kantonsschule Solothurn umgesetzt werden können. Falls der Standortentscheid Kantonsschule auf die Sanierung am bestehenden Standort fällt, dann sollen diese Sporthallenkapazitäten als separates Projekt «Badiparkplatz Weitblick» errichtet werden.

Begründung 20.12.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Simon Michel, 2. Michael Ochsenbein, 3. Philipp Heri, Remo Bill, Hubert Bläsi, Markus Dietschi, Urs Huber, Stefan Hug, Michael Kumkli, Barbara Leibundgut, Marco Lupi (11)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 005/2024 (DBK)

Auftrag Michael Ochsenbein (Die Mitte, Luterbach): "Dr Chindsgi red dütsch!" - Landessprache ist Voraussetzung (30.01.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Gesetzgebung so anzupassen, dass

- Eltern resp. Erziehungsberechtigte in die Pflicht genommen werden, dass ihre Kinder beim Schuleintritt genügend Deutsch können, und
- falls ihre Kinder in der Volksschule DaZ-Massnahmen (Deutsch als Zweitsprache) verursachen, alle Kosten übernehmen müssen.

Begründung 30.01.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Michael Ochsenbein, 2. Tamara Mühlemann Vescovi, 3. Johanna Bartholdi (3)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 006/2024 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+ (31.01.2024)

Der Kanton Solothurn fordert den Bundesrat auf, dem Parlament eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen.

Begründung 31.01.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Simon Michel, 3. Simon Gomm, Melina Aletti, Remo Bill, Hubert Bläsi, Janine Eggs, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, David Gerke, Christian Ginsig, Philipp Heri, Karin Kälin, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Thomas Lüthi, Thomas Marbet, Rebekka Matter-Linder, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Angela Petiti, Christof Schauwecker, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Susan von Sury-Thomas, Nicole Wyss (31)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 010/2024 (KR)

Auftrag Thomas Marbet (SP, Olten): Zeitgemässe Sitzungsgelder für Kantonsratsmitglieder (31.01.2024)

Die Ratsleitung wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Anpassung der variablen Entschädigungen (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Kantonsparlaments vorzulegen. Dabei sollen die Entschädigungen für die Teilnahme an Ratsitzungen, Kommissionssitzungen usw. dem Median der Schweizer Kantone angepasst werden.

Begründung 31.01.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Marbet (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 012/2024 (STK)

Auftrag Tamara Mühlemann Vescovi (Die Mitte, Zuchwil): Dolmetscherkosten (31.01.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, dass der Kanton und die Gemeinden Dolmetscherkosten den Verursachenden übertragen können.

Begründung 31.01.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Tamara Mühlemann Vescovi, 2. Michael Ochsenbein, 3. Beat Künzli (3)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 013/2024 (DBK)

Auftrag Matthias Borner (SVP, Olten): Standortentscheid Kanti Solothurn offener gestalten (31.01.2024)

Beim Standortentscheid der neuen Kantonsschule wird der Regierungsrat beauftragt, auch andere Standorte ausserhalb der Stadt Solothurn einzubeziehen und als Ersatz auch eine Variante mit zwei Standorten in Erwägung zu ziehen.

Begründung 31.01.2024: schriftlich.

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

X. Interpellationen

I 125/2023 (STK)

Interpellation Karin Kissling (Die Mitte, Wolfwil): Rechtspraktikum (17.05.2023)

Im Kanton Solothurn wird als Rechtspraktikant oder Rechtspraktikantin (RP) nur zugelassen, wer während mindestens zwei Jahren seit Vollendung des 18. Altersjahres Wohnsitz im Kanton Solothurn hatte (§ 6 Abs. 1 lit. b der Juristischen Prüfungsverordnung). Im Hinblick auf die geografische Beschaffenheit unseres Kantons stellt sich die Frage, ob dies noch zeitgemäss ist. Naturgemäss gibt es viele Gemeinden mit einer Grenze zu anderen Kantonen, wo es somit nicht möglich ist, RP's z.B. aus der Nachbargemeinde einzusetzen.

Es stellt sich sogar die Frage, ob dies zu einer Einschränkung der Niederlassungsfreiheit führen könnte, wenn alle Kantone die gleiche Regelung hätten wie der Kanton Solothurn. Dies ist allerdings nicht so, da einige Kantone gar keine Einschränkungen mehr haben, andere, wie z.B. der Kanton Bern, über eine Ausnahmeregelung verfügen.

Ausserdem ist festzuhalten, dass das Anwaltspatent schweizweit gültig ist und somit keinerlei Einschränkungen gemacht werden bezüglich des Kantons, wo dieses erlangt worden ist.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Im Jahr 2022 war die Anzahl der RP's geringer als im Vorjahr. Wie hat sich die Anzahl in den letzten Jahren entwickelt und wo sieht der Regierungsrat die Gründe für die Entwicklung?
2. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Anzahl der RP's den Bedürfnissen entspricht? Können Praktikumsstellen nicht besetzt werden oder ist die Nachfrage sogar grösser?
3. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, die Wohnsitzpflicht anzupassen? Wo sieht er die Vor- und Nachteile einer solchen Änderung?

Begründung 17.05.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Karin Kissling, 2. Sarah Schreiber, 3. Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Fabian Gloor, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Patrick Schlatter, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer, André Wyss (15)

Stellungnahme RR: 31.10.2023 (schriftlich)

I 156/2023 (BJD)

Interpellation Fraktion SP/junge SP: Erweiterung Kantonsschule Solothurn (28.06.2023)

Die für die Kantonsschule Solothurn prognostizierten Schüler- und Schülerinnenzahlen steigen in den kommenden Jahren stark an. Die Verwaltung ist deshalb schon seit einigen Jahren daran, Erweiterungsmöglichkeiten für die Schule zu prüfen. War vorerst die Realisierung eines Bildungscampus auf dem Fegetz geplant, werden nun offenbar zwei Varianten näher geprüft: Einerseits eine Erweiterung am bestehenden Standort, andererseits ein Neubau in der Solothurner Weststadt (Weitblick-Areal). Die zur Diskussion stehenden Varianten werfen Fragen in mehreren Bereichen auf.

Da im Rahmen der Abklärungen zum Bildungscampus vertiefte Abklärungen zur bestehenden Kantonsschule vorgenommen worden sind, gehen wir davon aus, dass unsere folgenden Fragen mit dem heutigen Planungsstand hinreichend beantwortet werden können:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die zeitliche Dringlichkeit des Projektes der Erweiterung der Kantonsschule?
2. Zieht der Regierungsrat in Erwägung, die ab 2026 freiwerdenden Gebäude der Pädagogischen Hochschule (500 m Wegdistanz von der Kantonsschule) in die Erweiterungsplanung einzubeziehen?

- Wenn nein: Aus welchen Gründen nicht und welcher Nutzung will man die Pädagogische Hochschule stattdessen zuführen?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat die städtebauliche Bedeutung der Kantonsschule auf dem Fegetzareal?
 4. Ist das Ensemble der Kantonsschule oder sind Teile davon geschützt?
Wenn ja: Welcher anderen Nutzung könnten diese hochfunktionalen Gebäude zugeführt werden, wenn die Kantonsschule allenfalls in den Weitblick verlegt würde?
 5. Der Neubau einer Kantonsschule im Weitblick-Areal würde eine Umzonung bedingen. Trifft dies zu?
Wie beurteilt der Regierungsrat ein allfälliges Umzonungsbegehren angesichts des Grundsatzes der Planbeständigkeit einerseits und der Aktualität des zur Genehmigung anstehenden Zonenplans andererseits?
 6. Wird im Rahmen der Planungen auch ein Vergleich punkto CO₂-Bilanz vorgenommen (Legislaturplan B.2.1.)?
 7. Wie sehen die finanziellen Auswirkungen der beiden Varianten auf Basis des heutigen Planungsstandes aus und unter welchen Voraussetzungen kann überhaupt ein Variantenentscheid getroffen werden?

Begründung 28.06.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Silvia Fröhlicher, 2. Stefan Hug, 3. Urs Huber, Melina Aletti, Markus Ammann, Samuel Beer, Remo Bill, Matthias Borner, Simon Bürki, Simon Esslinger, Heinz Flück, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, Karin Kälin, Edgar Kupper, Thomas Lüthi, Thomas Marbet, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Farah Rummy, Patrick Schlatter, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Bruno Vögtli, Susan von Sury-Thomas, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, Nicole Wyss (31)

Stellungnahme RR: 24.10.2023 (schriftlich)

I 169/2023 (BJD)

Interpellation Edgar Kupper (Die Mitte, Laupersdorf): Verkehrsanbindung Thal, quo vadis? (05.07.2023)

Nach dem Nicht-Eintreten des Bundesgerichts auf die Beschwerde vom Regierungsrat gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts ist das jüngste Umfahrungsprojekt Klus, Verkehrsanbindung Thal, nicht realisierbar. Für die rund 15'000 Einwohner und Einwohnerinnen vom Thal ist somit eine bessere Anbindung ins Mittelland wiederum in weite Ferne gerückt und der Verkehrsmoloch Klus nicht gelöst. Weder für den Individualverkehr, den öffentlichen Verkehr noch für den Langsamverkehr. Der Leidensdruck der Bevölkerung, die jeden Abend – ob im Auto oder im Postauto – im Stau steht, die ihre ÖV-Anschlüsse verpasst und deren ÖV-Angebot nicht weiterentwickelt werden kann, ist gross und bleibt bestehen.

Die vielen Arbeitspendler und -pendlerinnen, die Schüler und Schülerinnen, die Lernenden und die ganze übrige Thaler Bevölkerung und die Bewohner und Bewohnerinnen in den angrenzenden Regionen haben keine Aussicht auf Besserung. Auch leiden die Bewohner und Bewohnerinnen des Städtchen Klus unter dem Verkehrsmoloch mit den regelmässigen Stausituationen und den Emissionen seit Jahren. Diese Ausgangslage ist unvorteilhaft für die Weiterentwicklung der schönen Wohnregion und der Wirtschaft im Thal. Das Thal ist gewissermassen abgehängt und benachteiligt betreffend angemessener Verkehrsanbindung. Die Weg- oder Reisezeit ins und aus dem Thal werden durch die häufigen Stausituationen unverhältnismässig lang und mühsam. Nach mehr als 60 Jahren Planungsarbeit liegt noch immer keine Lösung vor. Dies ist insbesondere für die Thaler Bevölkerung absolut unbefriedigend.

Es stellen sich viele Fragen bezüglich dem weiteren Vorgehen in dieser Sache. Vielleicht liegt die Lösung darin, dass sich alle Beteiligten wegen der nie endenden Geschichte und der verfahrenen Situation zu einem echten Dialog und einer Lösungsfindung zusammenschliessen.

Ich bitte den Regierungsrat höflich, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Was hat die Solothurner Regierung seit der Bekanntgabe des negativen Bundesgerichtsentscheides respektive des Nichteintretens in Sachen Verkehrsanbindung Thal unternommen?
2. Prüft die Regierung Möglichkeiten, das jüngste Bauprojekt so anzupassen, dass dieses bewilligungsfähig ist?
3. Kann die Regierung sich vorstellen, mit den Mitgliedern der Eidg. Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) und der Eidg. Kommission für Denkmalpflege (EKD), welche für die Thaler Bevölkerung weltfremde Gutachten betreffend Nicht-Bewilligungsfähigkeit des jüngsten Projekts Verkehrsanbindung Klus verantwortlich sind, zusammensitzen und eine bewilligungsfähige Umfahrungsvariante zu erörtern?
4. Welche kurz- und mittelfristigen Massnahmen sieht die Solothurner Regierung vor, um die Verkehrssituation für alle Verkehrsteilnehmenden im Nadelöhr Klus – wenn schon nicht im Ausmass der Verkehrsanbindung Thal, so doch teilweise – zu verbessern, die Stausituationen zu entschärfen, den ÖV zu stärken und den Langsamverkehr zu optimieren?
5. Sollte keine Optimierung des in der Volksabstimmung angenommenen Projekts möglich sein: Ist der Regierungsrat willens, möglichst zeitnah ein neues Projekt Verkehrsanbindung Thal zu realisieren?
6. Ist der Regierungsrat willens, in diesem Fall eine neue Planungsstrategie und ein neues Planungskonzept zu entwickeln, um zeitnah ein neues Projekt «Verkehrsanbindung Thal» realisieren zu können? Hat der Regierungsrat bereits Ideen, welche neuen Wege er diesbezüglich beschreiten will?

Begründung 05.07.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Edgar Kupper, 2. Rolf Jeggli, 3. Freddy Kreuchi, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Karin Kissling, Beat Künzli, Matthias Meier-Moreno, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Martin Rufer, Christine Rützi, Thomas Studer, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas (16)

Stellungnahme RR: 06.11.2023 (schriftlich)

I 199/2023 (BJD)

Interpellation Markus Spielmann (FDP.Die Liberalen, Starrkirch-Wil): Wird die sinnvolle Umnutzung von Bauernhäusern verhindert? (13.09.2023)

Der Regierungsrat wird höflich gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Erachtet der Regierungsrat die Umnutzung nicht mehr benötigter Ökonomiegebäude ausserhalb der Bauzone als sinnvolle Massnahme, um den Kulturlandverbrauch zu reduzieren, indem bereits überbautes Land optimal genutzt werden kann?
2. Wie lässt sich ein Leitfaden für die Mehrwertberechnung rechtfertigen, der einer Umnutzung von nicht mehr benötigten landwirtschaftlichen Gebäuden zuwiderläuft?
3. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass eine Bewertungsmethode die realen Verhältnisse auf dem Immobilienmarkt abbilden soll?
4. Ist eine Evaluation der Methode vorgesehen und erfasst der Kanton Einzonungsbegehren, welche aufgrund der Mehrwertabgabe zurückgezogen werden? Falls ja, wie?
5. Wieso dauerte es mehr als fünf Jahre zwischen Beschluss des Planungsausgleichsgesetzes und dem Erlass der entsprechenden Richtlinie zur Festlegung der Mehrwertabgabe und wer wurde von ausserhalb der Verwaltung in die Erarbeitung mit einbezogen?

6. Wie beurteilt der Regierungsrat die Situation, dass Grundeigentümer, die sich bei einer der letzten Zonenplanrevisionen in guten Treu und Glauben gemäss den Empfehlungen des Kantons verhalten haben, nun mit einer massiven Mehrwertabgabe bestraft werden?

Begründung 13.09.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Markus Spielmann, 2. Stefan Nünlist, 3. Daniel Probst, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Markus Dietschi, Thomas Fürst, Michael Kummli, Edgar Kupper, Georg Lindemann, Marco Lupi, Manuela Misteli, Martin Rufer, Mark Winkler, Hansueli Wyss (15)

Stellungnahme RR: 06.11.2023 (schriftlich)

I 232/2023 (DDI)

Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen: Prämienschock und hohe Gesundheitskosten (08.11.2023)

Der Regierungsrat wird ersucht, die nachfolgenden drängenden Fragen rund um die Gesundheitskosten im Kanton Solothurn aufzuzeigen und so für Transparenz und Lösungsvorschläge zu sorgen:

1. Was sind die Gründe, dass die Krankenkassenprämien im Kanton Solothurn zu den höchsten der Deutschschweiz gehören?
2. Wie schlüsseln sich die Gesundheitskosten auf die einzelnen Leistungserbringer (Spitäler ambulant/stationär, Ärzte, Physio, Spitex etc.) auf?
3. Wann liegt die Auslegeordnung der im Sommer 2023 im Rahmen der Revision des Gesundheitsgesetzes als dringlich bezeichneten Übersicht über die ambulante Versorgung im Kanton Solothurn vor?
4. Wie erklärt sich der Regierungsrat, dass in vergleichbaren Kantonen wie etwa Luzern (CHF 365.20) oder St. Gallen (CHF 379.70) die mittlere Grundversicherungsprämie bedeutend tiefer liegt als im Kanton Solothurn (CHF 426.50)?
5. Ein grosser Treiber der Gesundheitskosten sind die Spitäler. Ist der Regierungsrat bereit, auch überkantonal zu denken und zusammen mit den umliegenden Kantonen eine übergeordnete Spitalplanung vorzunehmen?
6. Über welche Strategie verfügt der Regierungsrat, um den Anstieg der Gesundheitskosten zu bremsen und dem Kantonsrat Massnahmen vorzuschlagen, mit denen die Gesundheitskosten im Kanton Solothurn auf das Mittel der Deutschschweiz gesenkt werden können?

Begründung 08.11.2023: schriftlich.

Die Schweiz und unser Kanton verfügen noch über ein gutes, aber eben auch sehr teures Gesundheitssystem. Im Kanton Solothurn beläuft sich die mittlere Prämie der Grundversorgung auf CHF 426.50, die Prämien steigen von 2023 auf 2024 um 8,7 %. Damit gehören die Prämien im Kanton Solothurn zu den höchsten der Deutschschweiz. Entsprechend belastet ist die Bevölkerung durch die hohen Krankenkassenprämien und dies, obwohl Solothurn zu den strukturschwachen Kantonen gehört. Hohe Gesundheitskosten und Prämien sind kein Naturereignis und zum Beispiel mit einer älter werdenden Gesellschaft nur sehr bedingt zu erklären. Massgebend ist vor allem die eidgenössische und kantonale Gesundheitspolitik. Um das Thema anzugehen, Qualität und Kosten abzuwägen und mögliche Strategien zu definieren, braucht es Transparenz, eine ehrliche Auslegeordnung und die Bereitschaft, notwendige Schritte mutig anzugehen.

Unterschriften: 1. Stefan Nünlist, 2. Daniel Probst, 3. Barbara Leibundgut, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Georg Lindemann, Simon Michel, Manuela Misteli, David Plüss, Martin Rufer, Markus Spielmann, Christian Thalmann, Sabrina Weisskopf, Hansueli Wyss (20)

Stellungnahme RR: 05.12.2023 (schriftlich)

I 235/2023 (STK)

Interpellation Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP: Kantonsvertretungen in Stiftungsräten (08.11.2023)

Der Kanton Solothurn entsendet in zahlreiche Gremien Vertretungen, beispielsweise in Stiftungsräte. Der Regierungsrat nimmt die entsprechenden Wahlen vor. Für uns ist nicht klar, nach welchen Kriterien diese Wahlen vorgenommen werden, wie die Suche, respektive Ausschreibung abläuft, und wie wir als Partei die Möglichkeit haben, entsprechende Nominationen vorzunehmen.

Der Regierungsrat wird deshalb höflich gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. In wie viele Gremien entsendet der Kanton Vertretungen, welche durch den Regierungsrat gewählt werden?
2. Wie werden diese Posten ausgeschrieben, respektive wo wird eine entsprechende Ersatzwahl publiziert?
3. Nach welchen Kriterien entscheidet der Regierungsrat?
4. Berücksichtigt der Regierungsrat die parteipolitische Zusammensetzung der entsprechenden Gremien?
5. Sieht der Regierungsrat Verbesserungspotential am aktuellen Vorgehen?

Begründung 08.11.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Fabian Gloor, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Rolf Jeggli, Karin Kissling, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, André Wyss (19)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 244/2023 (STK)

Interpellation Marie-Theres Widmer (Die Mitte, Steinhof): Medienvielfalt quo vadis? (15.11.2023)

Grundsätzlich tragen die Medien wesentlich zur politischen Wissens- und Willensbildung in der Bevölkerung bei. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zu einer funktionierenden direkten Demokratie. Seit längerem lässt sich jedoch beobachten, dass den Medien immer weniger Zeit für qualitativ gut recherchierte Artikel bleibt. Artikel mit reisserischen Schlagwörtern und knapp beleuchteten Argumenten sind die Folge.

Vor kurzem informierte die CH Media über einen grossflächigen Stellenabbau. Da CH Media im Kanton Solothurn eine dominante Stellung hat (Solothurner-, Oltner-, Basellandschaftliche Zeitung, Grenchner Tagblatt, Grenchner Stadtanzeiger, Radio 32, Tele M1), wird sich dieser Abbau sicher sehr bemerkbar machen.

Es stellen sich deshalb folgende Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die allgemeine Situation der Medienvielfalt im Kanton Solothurn?
2. Wie will die Regierung sicherstellen, dass die Medien auch in Zukunft über Anliegen informieren, die den Kanton betreffen und/oder für die Bevölkerung relevant sind?
3. Welche Gefässe müssten bedient oder neu eröffnet werden, damit der Kanton nicht den Kontakt zur Bevölkerung verliert? Wie will der Kanton im Zuge der stetig weiter schwindenden Medienlandschaft beispielsweise gewährleisten, dass die Bevölkerung über Beschlüsse und Diskussionen von Regierungs- und Kantonsrat zukünftig in angemessenem Rahmen informiert wird?

Begründung 15.11.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marie-Theres Widmer, 2. Michael Ochsenbein, 3. André Wyss, Patrick Friker, Kuno Gasser, Rolf Jeggli, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas (15)

Stellungnahme RR: 23.01.2024 (schriftlich)

I 245/2023 (DBK)

Interpellation Roberto Conti (SVP, Bettlach): Gendersprache bei Maturaarbeiten und bei Prüfungen? (15.11.2023)

Den aktuell geltenden Richtlinien zur Maturaarbeit vom 8. Februar 2023 an der Kantonsschule Solothurn sind (unter anderem) folgende Erwartungen an die Schüler und Schülerinnen zu entnehmen:

Zielsetzungen: Nach § 10 der Maturitätsverordnung 1995 gilt: «Maturanden und Maturandinnen müssen allein oder in einer Gruppe eine grössere eigenständige schriftliche oder schriftlich kommentierte Arbeit erstellen und mündlich präsentieren....»

Sie lernen auch, den Arbeitsprozess und das Ergebnis in korrekter Sprache übersichtlich und differenziert darzulegen und mündlich zu präsentieren...

Neben analytischen und kreativen Fähigkeiten wird sprachliche Kompetenz in mündlicher und schriftlicher Form verlangt. Alle Absolventinnen und Absolventen der Mittelschulen sollen, bevor sie an den Hochschulen mit wissenschaftlichen Standards konfrontiert werden, wichtige Erfahrungen im wissenschaftlichen Arbeiten sammeln.»

Sprache: «Alle schriftlichen Teile sollen übersichtlich, nachvollziehbar strukturiert und in klarer und korrekter Sprache abgefasst werden.»

Form: «Die Arbeit erfüllt die sprachlichen und stilistischen Regeln der gewählten (Fach-) Sprache.»
Im Weiteren ist der Stellungnahme des Regierungsrates zum A 0168/2022 Auftrag Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Stopp dem Gender-Wirrwarr (07.09.2022) folgendes zu entnehmen:

«Die Rektoren der beiden Kantonsschulen sowie die Direktoren der beiden Berufsbildungszentren wurden unmittelbar nach Erscheinen des Leitfadens für gendergerechte Sprache des Kantons Solothurn im Sommer 2022 durch das Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen (ABMH) informiert und aufgefordert, diesen schulintern strikt anzuwenden und umzusetzen....»

Bei offensichtlich vom ABMH beobachtetem falsch angewandtem Sprachgebrauch in Schreiben, Newslettern etc. werden die Autorinnen und Autoren resp. die jeweilige Leitungsebene durch das ABMH auf die abweichende Sprachanwendung aufmerksam gemacht. Dies war bei einzelnen Publikationen in jüngerer Vergangenheit nötig.»

Der Auftrag Künzli wurde bekanntlich in der Junisession 2023 erheblich erklärt und abgeschrieben. Demzufolge ist Stand heute davon auszugehen, dass diese Aussagen nach wie vor gelten, kontrolliert werden und bei Abweichungen konsequent eingeschritten wird.

Am 12. November 2023 war in der deutschen Presse (Bild) zu lesen, dass die künftige schwarz-rote Koalition (CDU und SPD) in Hessen in staatlich und öffentlich-rechtlichen Institutionen wie Schulen, Universitäten und Rundfunk das Gendern mit Sonderzeichen verbieten wolle. Dies sei die Grundlage für den Koalitionsvertrag. An den 1'800 Schulen in Hessen mit knapp einer Million Schülern, an den 21 staatlichen Hochschulen mit 250'000 Studenten dürfe dann nicht mehr gendert werden. Dies betreffe auch den Hessischen Rundfunk.

Man orientiere sich dabei am Rat der deutschen Sprache, welcher in seiner letzten Sitzung klar festgehalten habe, dass die Genderzeichen nicht zum Kernbestand der deutschen Orthografie gehörten.

Vor diesem Hintergrund ist der Regierungsrat höflich gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist es richtig, dass sich angehende Maturanden und Maturandinnen an der Kantonsschule Solothurn in ihrer Maturaarbeit auch an diese Regeln zu halten haben und folglich keine Gendersymbole und/oder Genderformulierungen verwenden dürfen?
2. Sind Maturaarbeiten zurückzuweisen, welche diese Regeln verletzen?
3. Aktuell werden die Richtlinien zur Maturaarbeit an der Kantonsschule Solothurn überarbeitet. Wird darin ein entsprechender Passus formuliert, dass Gendersymbole und/oder Genderformulierungen nicht erlaubt sind?
4. Welche Regeln gelten diesbezüglich an der Kantonsschule Olten?
5. Falls keine einheitliche Regelung besteht: Wird eine solche angestrebt?
6. Ist es richtig, dass sich Lehrer und Lehrerinnen bei Prüfungen auch an die Regeln zu halten haben und keine Gendersymbole erlaubt sind?
7. Wie beurteilt der Regierungsrat die erwähnte Entwicklung in Deutschland, an dessen Sprachregelungen sich die Schweiz stets anlehnt?

Begründung 15.11.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Roberto Conti, 2. Beat Künzli, 3. Andrea Meppiel, Richard Aschberger, Johannes Brons, Markus Dick, Tobias Fischer, Walter Gurtner, Adrian Läng, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Christine Rütli, Thomas von Arx, Rémy Wyssmann (14)

Stellungnahme RR: 09.01.2024 (schriftlich)

I 247/2023 (VWD)

Interpellation Silvia Fröhlicher (SP, Bellach): Anpassung an den Klimawandel im Siedlungsraum - was gedenkt der Regierungsrat zu tun? (15.11.2023)

Der Klimawandel erfordert zweierlei:

- Einerseits rasche und wirksame Massnahmen zur Reduktion des durch den Menschen beeinflussten Klimawandels
 - Andererseits mittel- bis langfristig wirksame Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel.
- Sowohl der Bund mit seinem (nunmehr zweiten) «Aktionsplan 2020-2025 zur Anpassung an den Klimawandel» sowie mehrere Kantone haben hierzu bereits Aktionspläne, Massnahmenpläne, Konzepte und Strategien entwickelt.

Im zweiten Bereich stehen für einen dicht besiedelten Mittellandkanton primär, aber nicht ausschliesslich, Massnahmen gegen das sogenannte «Urban Heating» im Vordergrund. Städte und Agglomerationen sind gegenüber der erwarteten Zunahme von Hitzeperioden besonders sensitiv. Die Notwendigkeit, Grünräume und damit kühle Inseln trotz hohem Baudruck zu erhalten, nimmt zu. Trotz einzelner Massnahmen von Verwaltungsstellen oder kantonalen Anstalten (etwa die Pilotstudie der Gebäudeversicherung bezüglich Windereignisse) fehlt ein kohärentes kantonales Massnahmenpaket.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Mit welchen Mitteln und Massnahmen können aus Sicht des Regierungsrates an den Klimawandel anpassungsfähige Raumstrukturen gefördert bzw. geschaffen werden?
2. Ist eine Richtplananpassung geplant, bei der die Anpassung an den Klimawandel verankert wird?
3. Plant der Regierungsrat verstärkte regulatorische Massnahmen (Vorgaben im Planungs- und Baurecht), um:
 - a) siedlungsklimatische Aspekte in der Siedlungsplanung integral zu berücksichtigen?
 - b) Grün- und Freiflächen zu erhalten, die ausgebaut und vernetzt werden, um Flexibilität für Anpassungsmassnahmen zu fördern?
 - c) die Durchgrünung von Gebäuden zu verbessern?
 - d) Anreizstrukturen zur Sicherung von Freiflächen zu schaffen?

- e) in den Bauzonen die Bestimmungen zu Begrünungs- und Versiegelungsgrad zu verschärfen?
 - f) ausreichende Durchlüftung der Siedlungsstrukturen zu gewährleisten, insbesondere bei Arealüberbauungen?
 - g) Kaltluftschneisen zu erhalten oder zu entwickeln?
 - h) offene, bewegte Wasserflächen zu erhalten oder zu schaffen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, unterschiedliche Klimaszenarien zu erarbeiten, allenfalls in Zusammenarbeit und Mitfinanzierung durch verwaltungsnahe oder -externe Stellen, um diese den Gemeinden oder Dritten für ihre Planungsarbeiten zur Verfügung zu stellen?
 5. Ist der Regierungsrat bereit, den Gemeinden bei künftigen Planungen Vorgaben zu machen bezüglich des Umgangs mit besonders exponierten Gebieten, beispielsweise mittels Freiflächenausscheidung oder Zonierung?

Begründung 15.11.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Silvia Fröhlicher, 2. Georg Nussbaumer, 3. Laura Gantenbein, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Myriam Frey Schär, Christian Ginsig, Philipp Heri, Nicole Hirt, Stefan Hug, Thomas Lüthi, Thomas Marbet, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Franziska Rohner, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Jonas Walther, Marie-Theres Widmer, Marianne Wyss, André Wyss (28)

Stellungnahme RR: 27.02.2024(schriftlich)

I 250/2023 (FD)

Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen: Praxis des Kantons Solothurn in Bezug auf das Engagement im freien Markt (15.11.2023)

Der Regierungsrat wird höflich um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. In welchen Geschäftsfeldern tritt der Kanton Solothurn direkt mit Angeboten auf dem freien Markt auf?
2. An welchen öffentlichen oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmen ist der Kanton Solothurn in welchem Umfang beteiligt?
3. Bestehen rechtliche Rahmenbedingungen, welche das direkte Auftreten des Kantons Solothurn mit Angeboten auf dem freien Markt beschränken?
4. Bestehen rechtliche Rahmenbedingungen, welche das direkte oder indirekte (z.B. durch die Bestimmung von Vertreterinnen und Vertretern) Engagement des Kantons Solothurn in öffentlichen oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmen beschränken?
5. Verfügt der Kanton Solothurn über kodifizierte Leitlinien oder dergleichen betreffend die Frage, ob und inwiefern er direkt mit Angeboten auf dem freien Markt auftritt?
Falls ja: Wie lauten diese?
6. Verfügt der Kanton Solothurn über kodifizierte Leitlinien oder dergleichen betreffend die Frage, ob und inwiefern er in öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Unternehmen investiert und auf deren Entscheide Einfluss nimmt?
Falls ja: Wie lauten diese?
7. Inwiefern nimmt der Kanton Solothurn direkt oder indirekt Einfluss auf die Strategie und/oder die Geschäftstätigkeit der Busbetrieb Olten Gösgen Gäu AG (BOGG)?
8. Hat der Kanton Solothurn direkt oder indirekt auf den konkreten Entscheid der BOGG Einfluss genommen, die HUG Schriften GmbH zu übernehmen und in die BOGG zu integrieren?
Falls ja:
 - a) Welche Haltung hat er dabei vertreten und weshalb?
 - b) Gab es in Bezug auf die Nachfolgeregelung der HUG Schriften GmbH auch private Interessen?
9. Wie ist generell die Haltung des Regierungsrats betreffend die Frage, ob der Kanton mit Ange-

boten auf dem freien Markt auftreten und die Privatwirtschaft konkurrenzieren soll?

Begründung 15.11.2023: schriftlich.

Die Busbetrieb Olten Gösgen Gäu AG erschliesst als regionaler Nahverkehrsbetrieb unter anderem die Bezirke Olten, Gösgen und Gäu. Das Aktionariat der BOGG besteht gemäss Geschäftsbericht 2022 aus dem Kanton Solothurn (22,103 %) sowie verschiedenen betroffenen Gemeinden. Die Betriebserträge der BOGG bestehen gemäss Geschäftsbericht 2022 zu über 50 % aus Abgeltungen für Leistungsvereinbarungen mit der öffentlichen Hand.

Im Oktober 2023 hat die BOGG mitgeteilt, dass sie das Unternehmen HUG Schriften GmbH per 1. Oktober 2023 übernimmt und unter der Bezeichnung «BOGG Werbetechnik» in die BOGG integriert. Die HUG Schriften GmbH bzw. die BOGG Werbetechnik war bzw. ist in den Bereichen Haltestellentafeln, Signaletik, Schutzfolien, Beschriftung und Digitaldruck und entsprechend im freien Markt tätig.

Unterschriften: 1. Thomas Fürst, 2. Markus Spielmann, 3. Stefan Nünlist, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, David Häner, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Manuela Misteli, David Plüss, Daniel Probst, Martin Rufer, Christian Thalmann, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansueli Wyss (18)

Stellungnahme RR: 05.12.2023 (schriftlich)

I 264/2023 (BJD)

Interpellation Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen (13.12.2023)

Am 14. August 2014 wurde die eidgenössische Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» angenommen und mit der Änderung der Bundesverfassung (BV) sofort in Kraft gesetzt. Gemäss Art. 123c BV verlieren Personen, die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, endgültig das Recht, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben.

Seit 1. Januar 2015 ist die Umsetzung von Art. 123c BV im schweizerischen Strafgesetzbuch (StGB) im Art. 67 StGB sanktionsrechtlich als andere Massnahme verankert. Auf den 1. Januar 2019 ist der entsprechende revidierte Art. 67 StGB in Kraft getreten und die Bestimmungen zu den Tätigkeitsverboten sind massiv verschärft worden.

Gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung ist das Tätigkeitsverbot streng anzuwenden. In der Schweiz wurden 2021 aber lediglich 191 Berufsverbote ausgesprochen, während insgesamt 241 Urteile wegen sexueller Handlungen mit Kindern und rund 800 Urteile wegen illegaler Pornografie erlassen wurden; beides Delikte, die laut Strafgesetzbuch prinzipiell ein Berufsverbot nach sich ziehen (NZZ vom 13.07.2023).

Offenbar scheinen die kantonalen Instanzen grosszügiger zu sein und nehmen – entgegen der bundesgerichtlichen Rechtsprechung – öfters einen «besonders leichten Fall» an, damit der Fall nicht angeklagt, sondern im Strafbefehlsverfahren erledigt werden kann und somit kein Tätigkeitsverbot ausgesprochen werden muss. Dies entspricht aber weder dem Volkswillen noch den gesetzlichen Vorgaben. Daher stellt sich die Frage, ob (auch) im Kanton Solothurn Handlungsbedarf besteht.

In diesem Kontext wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie ist die kantonale Praxis in Bezug auf die Handhabung des Tätigkeitsverbots, insbesondere in Bezug auf die Anlasstaten der sexuellen Handlungen mit Kindern (Art. 187 StGB) und Kinderpornografie (Art. 197 Abs. 1 oder 3, Abs. 4 oder 5)? Gibt es dazu eine entsprechende Weisung der Oberstaatsanwaltschaft und wie lautet diese?

2. Wie viele Strafurteile (Gerichtsurteile und Strafbefehle) wegen sexueller Handlungen mit Kindern (Art. 187 StGB) wurden im Kanton Solothurn seit 2019 jährlich erlassen? Wie oft wurde dabei ein Tätigkeitsverbot im Sinne von Art. 67 Abs. 3 StGB ausgesprochen?
3. Wie viele Strafurteile (Gerichtsurteile und Strafbefehle) wegen Kinderpornografie (Art. 197 Abs. 1 oder 3, Abs. 4 oder 5) wurden im Kanton Solothurn seit 2019 jährlich erlassen? Wie oft wurde dabei ein Tätigkeitsverbot im Sinne von Art. 67 Abs. 3 StGB ausgesprochen?
4. Welche Berufe und Tätigkeiten betrafen die Tätigkeitsverbote gemäss Fragen 2 und 3?
5. Dort, wo trotz eines bestehenden Anlassdelikts kein Tätigkeitsverbot ausgesprochen wurde:
 - a) Um was für Delikte handelte es sich und was waren die Gründe für den Verzicht auf ein Tätigkeitsverbot im Sinne von Art. 67 Abs. 3 StGB (Auflistung nach Instanzen)?
 - b) In wie vielen Fällen verzichtete die erste Instanz auf das Aussprechen eines Tätigkeitsverbots? In wie vielen dieser Fälle hat die Staatsanwaltschaft Beschwerde erhoben?
 - c) In wie vielen Fällen hat das Obergericht im Rahmen des Berufungsverfahrens ein Tätigkeitsverbot ausgesprochen?
 - d) In wie vielen Fällen wurde gegen das zweitinstanzlich ausgesprochene Tätigkeitsverbot Beschwerde erhoben?
 - e) In wie vielen dieser Fälle hat das Bundesgericht das Urteil des Obergerichts in Bezug auf das Tätigkeitsverbot korrigiert (Bestätigung, Anordnung, Aufhebung)?
6. Wie viele Rückfälle gab es im Kanton Solothurn bei sexuellen Handlungen mit Kindern und Kinderpornografie, nachdem in Anwendung von Art. 67 Abs. 4bis StGB kein Tätigkeitsverbot ausgesprochen wurde?
7. Wie steht der Kanton Solothurn in Bezug auf die Konsequenz bei der Umsetzung des Art. 123c BV bzw. Anwendung von Art. 67 Abs. 3 StGB im Vergleich mit anderen Kantonen da?

Begründung 13.12.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard, 2. Werner Ruchti, 3. Thomas Wenger, Markus Dick, Tobias Fischer, Kevin Kunz, Adrian Läng, Andrea Meppiel (8)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 009/2024 (VWD)

Interpellation Thomas Marbet (SP, Olten): Uber im Kanton Solothurn, Fluch oder Segen? (31.01.2024)

Uber hat auch den Weg in den Kanton Solothurn gefunden. Für die einen ist es ein Fluch, weil Überfahrten für die lokalen Behörden nicht erkennbar und somit auch nicht kontrollierbar sind. Insbesondere diejenigen Gemeinden, welche ein lokales Taxigewerbe aufweisen und deren Tätigkeit mittels Taxigesetz regeln, sehen sich mit der Forderung konfrontiert, Uber auf Gemeindegebiet zu verbieten oder zumindest auf Einhaltung der Taxivorschriften zu kontrollieren, da ansonsten eine Wettbewerbsverzerrung stattfindet. Für die anderen stellt dies ein Segen dar, weil ein willkommener Wettbewerb zum örtlichen Taxigewerbe entsteht.

In diesem Zusammenhang bittet der Unterzeichner den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie kann sichergestellt werden, dass Uber das örtliche Taxigewerbe nicht unlauter konkurrenziert? Insbesondere wie stellt das zuständige Amt/Behörde sicher, dass die Vorschriften für Ruhezeiten, Mindestlöhne, Sozialversicherungsabgaben etc. eingehalten werden?
2. Wie kann sichergestellt werden, dass Uber, wenn sie auf einem Gemeindegebiet Taxifahrten anbieten, sich an die entsprechend geltenden Taxivorschriften halten?
3. Wie könnte sichergestellt werden, dass eine allfällige kantonale Taxigesetzgebung auch flächendeckend umgesetzt würde? Was wären die Kosten?

Begründung 31.01.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Thomas Marbet (1)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

I 014/2024 (DDI)

Interpellation Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Aufklärung der Freistellung von PD Dr. Ingo Bergmann und Auswirkungen auf die medizinische Versorgung und das ECMO-Projekt der soH (31.01.2024)

Diese Interpellation wird eingereicht, um die plötzliche Freistellung von PD Dr. Ingo Bergmann als Chefarzt Anästhesie/Intensivmedizin und Mitglied der Spitalleitung zu beleuchten sowie die daraus resultierenden Konsequenzen zu ergründen und zu erfahren. Die Freistellung wirft ernsthafte Fragen auf, insbesondere hinsichtlich der Patientensicherheit und der Fortführung der ECMO-Therapie. Ich möchte verstehen können, wie diese Therapie weitergeführt wird und welche Schritte unternommen werden, um die Sicherheit und Versorgung der Patienten zu gewährleisten.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Freistellung von PD Dr. Bergmann:
 - a) Wie kam es zur Freistellung von PD Dr. Ingo Bergmann, einem hoch engagierten und kompetenten Chefarzt?
 - b) Wurden alle relevanten Informationen, einschliesslich der positiven Ergebnisse der Mitarbeiterumfrage in der Abteilung Anästhesie und Intensivmedizin vom August 2023, bei der Entscheidung berücksichtigt?
 - c) Gab es spezifische Gründe für die Freistellung, die der Öffentlichkeit bisher nicht mitgeteilt wurden, insbesondere im Hinblick auf die weitreichenden Konsequenzen für die Notfallversorgung, die Intensivmedizin (einschliesslich des ECMO-Projekts) und die medizinischen Standards?
2. Organisatorisches Verschulden und potenzielle Todesfolgen:
 - a) Inwiefern könnte das Versäumnis, die ECMO-Therapie während der Freistellung zu sichern, als organisatorisches Verschulden betrachtet werden und welche potenziellen Auswirkungen auf die Patientenversorgung ergeben sich daraus?
 - b) Warum darf eine Person wie Herr Schuhmacher, die nicht mehr in der Position des Chefarztes tätig ist, weiterhin Entscheidungen treffen, insbesondere bezüglich der ECMO-Therapie?
3. Auswirkungen auf die ECMO-Therapie:
 - a) Welche Institutionen unterstützten, finanzierten und genehmigten die Einführung der ECMO-Therapie durch PD Dr. Bergmann und sein Team?
 - b) Wurden bei der Einführung der ECMO-Therapie in Solothurn die geltenden medizinischen Leitlinien und Richtlinien eingehalten?
 - c) Wie viele ECMO-Geräte stehen seit der Freistellung von PD Dr. Bergmann ungenutzt?
 - d) Was waren die Kosten für ein ECMO-Gerät und wurden diese aus dem Budget des Gesundheitswesens oder anderweitig finanziert?

Begründung 31.01.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard, 2. Thomas Giger, 3. Werner Ruchti, Kevin Kunz, Adrian Läng, Thomas Lüthi, Manuela Misteli, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf, Thomas Wenger (10)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

XI. Kleine Anfragen

K 269/2023 (BJD)

Kleine Anfrage fraktionsübergreifend: Umsetzung des nationalen Veloweggesetzes im Kanton Solothurn (20.12.2023)

Das Bundesgesetz über Velowege wurde am 23.9.2018 von der Schweizer Stimmbevölkerung mit 73,59 % Ja-Stimmen und von allen Ständen angenommen. Die Solothurner Stimmbevölkerung sagte mit 70,4 % Ja.

Seit dem 1.1.2023 ist das Gesetz in Kraft. In anderen Kantonen wurden bereits gesetzliche Grundlagen zur Umsetzung geschaffen. Ebenso wurden die Zuständigkeiten in allen Kantonen ausser Waadt, Aargau und Solothurn geklärt.

Wir möchten vom Regierungsrat wissen, wo wir im Kanton Solothurn mit der Umsetzung des Veloweggesetzes stehen und wie er die Zuständigkeiten zu regeln gedenkt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wurden bereits Schritte zur Überführung des nationalen Veloweggesetzes (VWG) in kantonales Recht unternommen?
2. Falls ja, wie sieht der Fahrplan für die Planung und Umsetzung der Velo Alltag- und Velo Freizeitnetze inkl. Mountainbike aus?
3. Wie sind die Zuständigkeiten für den Langsamverkehr (LV) im Allgemeinen (Fuss- und Veloverkehr, Alltag sowie Freizeit) innerhalb der Verwaltung geregelt?
4. Wie sind die Zuständigkeiten im Spezifischen für den Velofreizeitverkehr inkl. Mountainbike innerhalb der Verwaltung geregelt?
5. Besteht ein LV-Monitoring im Kanton, welches Nutzungsfrequenzen von Wandernden und Mountainbikenden erhebt?

Begründung 20.12.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Thomas Studer, 3. Hardy Jäggi, Melina Aletti, Markus Ammann, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kälin, Thomas Marbet, Rebekka Matter-Linder, Georg Nussbaumer, Angela Petiti, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Jonas Walther (24)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 007/2024 (DDI)

Kleine Anfrage André Wyss (EVP, Rohr): Entlastung von pflegenden Angehörigen (31.01.2024)

Die Anzahl älterer, pflegebedürftiger Menschen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Gleichzeitig hat sich die Situation des Fachkräftemangels in der Pflege zugespitzt. So wird beispielsweise in der kantonalen Demenzstrategie begrüsst, wenn ältere Menschen so lange wie möglich zu Hause betreut werden können. Diese (meist) unentgeltliche Arbeit von pflegenden Angehörigen ist ein wichtiger Pfeiler in unserem Gesundheitssystem. Die Pflege zu Hause von Patienten mit Demenz, einer chronischen körperlichen Erkrankung oder einer psychiatrischen Diagnose ist mit grossem Aufwand und vielen Opfern verbunden. Wenn Angehörige diese Aufgabe z.B. infolge Dekompensation ihrer Kräfte oder finanzieller Lage nicht mehr übernehmen können, steigt die Belastung für Heime, Spitex und Spitäler zusätzlich. Daher: Damit die Pflegeorganisationen im Kanton Solothurn nicht noch mehr unter Druck geraten, ist die Gesellschaft weiterhin auf gesunde, pflegende Angehörige angewiesen.

Zwar gäbe es die Möglichkeit, dass sich pflegende Angehörige bei einer Spitex anstellen lassen. Dies wird aber aufgrund des beidseitigen Aufwandes und der verbundenen Kosten kaum umgesetzt. In einem Auftrag aus dem Jahre 2012 (A 0197/2012 «Auftrag Fränzi Burkhalter [SP, Biberist]: Bezahlbare Aufenthalte in Tagesheimen/Tagesstätten für alle») hat sich der Regierungsrat bezüglich einer Unterstützung an die Aufenthalts- und Pflegekosten von pflegebedürftigen Erwachsenen in Tagesheimen/Tagesstätten positiv geäußert (der Kantonsrat hat den damaligen Auftrag allerdings abgelehnt). Im Rahmen der Interpellation I 0161/2014 «Interpellation Luzia Stocker (SP, Olten): Massnahmen zur Unterstützung pflegender Angehöriger» hat der Regierungsrat zudem bereits früher zum Thema Stellung bezogen. Nach rund zehn Jahren scheint es angebracht zu prüfen, wie sich die Situation heute präsentiert und wie pflegende Angehörige bei ihrer wertvollen Arbeit unterstützt werden können.

Aus diesem Grund wird die Regierung gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Gibt es aktuelle Zahlen, wie viele Personen von Angehörigen gepflegt werden und über den Wert und die Wichtigkeit dieser Arbeit für unsere Gesellschaft? Sind Veränderungen/ Tendenzen im Vergleich zu früher feststellbar?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Regierung, dass es für Pflege- und Altersheime attraktiv wird, bezahlbare Tagesplätze und Ferienbetten anzubieten (um pflegende Angehörige für eine gewisse Zeit entlasten zu können)? Ist der Regierungsrat heute noch gleicher Meinung, wie er dies im Rahmen des erwähnten Auftrages (A 0197/2012) geäußert hat, dass eine Unterstützung an die Aufenthalts- und Pflegekosten in Tagesheimen/Tagesstätten zielführend und umsetzungswürdig sei?
3. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, die administrativen Aufwände für Pflege- und Altersheime, Spitex sowie für die Angehörigen zu reduzieren?
4. Laut der Demenzstrategie 2021 sind die Einwohnergemeinden verpflichtet, ein Entlastungsangebot für pflegende Angehörige zu schaffen. Wie weit sind die Einwohnergemeinden damit und wie werden die Umsetzung und Fortschritte überprüft?
5. Gemäss der kantonalen Demenzstrategie ist eine Massnahme, dass der Gesetzgeber neue Modelle für die finanzielle Entlastung der pflegenden Angehörigen prüfen muss. Wie weit ist der Kanton mit dieser Prüfung?

Begründung 31.01.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Rolf Jeggli, 3. Sarah Schreiber (3)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

K 008/2024 (DDI)

Kleine Anfrage David Häner (FDP.Die Liberalen, Breitenbach): System zur Auszahlung von Sozial-/Nothilfeleistungen (31.01.2024)

Gemäss aktuellen Medienberichten haben zwei Landkreise im deutschen Bundesland Thüringen sowie einige Städte ein neues System zur Auszahlung von Sozialhilfeleistungen an Asylsuchende eingeführt. Anstelle einer vollständigen Barauszahlung wird das Geld nun auf eine Art Prepaid-Karte geladen, die in lokalen Geschäften verwendet werden kann. Dieses Vorgehen soll verhindern, dass Sozialhilfegelder für andere Zwecke als den Notbedarf verwendet werden, wie beispielsweise die Bezahlung von Schleppern oder das Senden von Geld ins Ausland. Es wird berichtet, dass auch andere deutsche Bundesländer die Einführung eines ähnlichen Systems in Betracht ziehen.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist dem Regierungsrat die Einführung eines Bezahlkartensystems für Asylbewerber in Teilen Deutschlands bekannt und wie bewertet er diese Entwicklung?

2. Wie werden derzeit Sozialhilfe- bzw. Nothilfeleistungen an Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene oder anerkannte Flüchtlinge in unserem Kanton ausgezahlt?
3. Welcher Anteil der obgenannten Sozial-/Nothilfegelder fliesst nach Kenntnis des Kantons ins Ausland?
4. Besteht die Befürchtung, dass diese Gelder zur Bezahlung von Schleppern verwendet werden könnten?
5. Wäre die Einführung einer Art Prepaid-Karte, ähnlich dem in Thüringen eingeführten System, aus Sicht des Regierungsrates möglich? Falls nein, welche gesetzlichen Grundlagen müssten hierfür geschaffen werden?
6. Wie könnte ein solches Bezahlkartensystem in unserem Kanton gestaltet werden, insbesondere in Bezug auf die Möglichkeit, Überweisungen ins Ausland oder Barabhebungen zu verhindern?
7. Welche Vor- und Nachteile sind bei einem solchen Systemwechsel zu erwarten?
8. Welche Kosten sind mit einem solchen Systemwechsel zu befürchten?
9. In Thüringen hat die Umstellung des Auszahlungssystems dazu geführt, dass einige Asylsuchende freiwillig abgereist sind oder sich eine Arbeitsstelle gesucht haben. Könnten ähnliche Ergebnisse auch in unserem Kanton erwartet werden?
10. Falls der Regierungsrat die Umstellung des Bezahlsystems als ungeeignet erachtet: Welche Optionen gibt es, um die Attraktivität der Schweiz bzw. des Kantons Solothurn für Wirtschaftsflüchtlinge zu reduzieren?

Begründung 31.01.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. David Häner, 2. Sabrina Weisskopf, 3. Hansueli Wyss, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Simon Michel, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, David Plüss, Martin Rufer, Markus Spielmann, Christian Thalman, Mark Winkler (20)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

K 011/2024 (FD)

Kleine Anfrage Melina Aletti (Junge SP, Olten): Missbräuche des digitalen Grundbuchs (31.01.2024)

Kürzlich wurde bekannt, dass das digitale Grundbuch des Kantons Zürich systematisch und missbräuchlich aufgerufen wird.¹ Anscheinend werden die Daten maschinell erhoben, ausgewertet und weiterverkauft. Der Kanton Zürich hat deshalb Zugangsbeschränkungen eingeführt, wie sie in anderen Kantonen auch bestehen, weil vom Bund vorgegeben ist, dass Massenabfragen verhindert werden müssen.

Im Kanton Solothurn ist das digitale Grundbuch frei verfügbar. Mit zwei Klicks kann die Eigentümerschaft eines Grundstückes abgefragt werden, was durchaus im öffentlichen Interesse ist. Eine Nachfrage beim Amt für Geoinformation hat ergeben, dass durch ein Captcha von Google verhindert werden soll, dass Daten automatisiert abgerufen werden können. Dieses Programm soll erkennen, ob ein Mensch oder eine Maschine die Abfrage macht. Dazu werden verschiedenste Daten an Google weitergeleitet: IP-Adresse, Infos über das Betriebssystem, Cookies, Mausbewegungen, Verweildauer, Einstellungen des Nutzergeräts (z.B. Spracheinstellungen, Standort, Browser, etc.) und noch mehr. Es ist allerdings mittlerweile mit nicht allzu grossem Aufwand möglich, auch ein solches Captcha zu umgehen, indem man durch verschiedene Massnahmen dem System vorgaukelt, die Maschine sei ein Mensch (Anfragen über längere Zeit verteilt laufen lassen, von verschiedenen IP-Adressen aus zugreifen, etc.).

¹ <https://www.nzz.ch/zuerich/verdacht-auf-missbrauch-zuerich-hat-probleme-mit-dem-online-grundbuch-ld.1772120>

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stark wird das digitale Grundbuch des Kantons Solothurn genutzt?
2. Kann davon ausgegangen werden, dass die Zugriffe ausschliesslich zu den geplanten Zwecken erfolgen (also Abfragen mit direktem, legitimem Interesse an der Information), oder sind der Regierung Missbräuche des digitalen Grundbuchs im Kanton Solothurn bekannt?
3. Sind weitere Massnahmen geplant, um Missbräuche des digitalen Grundbuchs zu verhindern? Wenn ja, welche?
4. Was hält die Regierung davon, dass das digitale Grundbuch des Kantons Solothurn nur genutzt werden kann, wenn man bereit ist, Daten an Google weiterleiten zu lassen?

Begründung 31.01.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Melina Aletti, 2. Simon Bürki, 3. Thomas Marbet, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Angela Petiti, Franziska Rohner, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (19)

Stellungnahme RR: 05.03.2024 (schriftlich)

Mitteilungen

Mutationen im Mitgliederverzeichnis

Streichen:

- **Simon Michel, FDP.Die Liberalen**
- **Thomas Marbet, SP**

Neu aufnehmen:

- **Christian Herzog, FDP.Die Liberalen:** geb. 03.04.1968, Friedhofplatz 8, 4500 Solothurn, Tel. 079 426 17 50, Mail: christian.herzog@herzogdruck.ch
- **John Steggerda, SP:** geb. 24.09.1962, Hennebüelweg 14, 4632 Trimbach, Tel. 062 293 17 26, Mail: john.steggerda@proinfirmis.ch

Fraktionssitzungen:

FDP.Die Liberalen: Donnerstag, 14. März 2024, 19.00 Uhr, Wallierhof, Riedholz

glp: Donnerstag, 14. März 2024, 18.00 Uhr, Helion, Zuchwil

Grüne: Dienstag, 12. März 2024, abends, Olten

Mitte-Fraktion: Donnerstag, 14. März 2024, 18.00 Uhr, Migros-Verteilzentrum

SP/Junge SP: Mittwoch, 13. März 2024, 19.15 Uhr, Rest. Bahnhof, Gleis 13, Olten

SVP: Mittwoch, 13. März 2024, 19.00 Uhr, Hotel Chrüz, Oensingen

Ratsleitung*Präsidium:*

P: Lupi Marco, FDP.Die Liberalen
 1. VP: Conti Roberto, SVP
 2. VP: Frey Schär Myriam, Grüne

Fraktionsvorsitzende:

Ammann Markus, SP/junge SP
 Engeler Anna, Grüne
 Künzli Beat, SVP
 Lüthi Thomas, glp
 Ochsenbein Michael, Die Mitte
 Spielmann Markus, FDP.Die Liberalen

Stimmzähler/innen

Aletti Melina, junge SP
 Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen
 Koch Hauser Susanne, Die Mitte

Läng Adrian, SVP
 Schauwecker Christof, Grüne

Ständige Kommissionen**Finanzkommission**

P: Borner Matthias, SVP
 VP: Thalmann Christian, FDP.Die Liberalen
 Aschberger Richard, SVP
 Bill Remo, SP
 Bürki Simon, SP
 Flück Heinz, Grüne
 Gloor Fabian, Die Mitte
 Gurtner Walter, SVP

Kälin Karin, SP
 Koch Hauser Susanne, Die Mitte
 Plüss David, FDP.Die Liberalen
 Probst Daniel, FDP.Die Liberalen
 Walther Jonas, glp
 Wyss André, EVP
 vakant

Geschäftsprüfungskommission

P: Wyss Hansueli, FDP.Die Liberalen
 VP: Dick Markus, SVP
 VP: Schlatter Patrick, Die Mitte
 Aletti Melina, junge SP
 Ammann Markus, SP
 Beer Samuel, glp
 Fischer Tobias, SVP
 Friker Patrick, Die Mitte

Gerke David, Grüne
 Hug Stefan, SP
 Läng Adrian, SVP
 Lindemann Georg, FDP.Die Liberalen
 Nünlist Stefan, FDP.Die Liberalen
 Schauwecker Christof, Grüne
 Widmer Marie-Theres, Die Mitte

Justizkommission

P: Urech Daniel, Grüne
 VP: Huber Urs, SP
 VP: Kissling Karin, Die Mitte
 Bartholdi Johanna, FDP.Die Liberalen
 Eng-Meister Rea, Die Mitte
 Fürst Thomas, FDP.Die Liberalen
 Häner David, FDP.Die Liberalen
 Kreuchi Freddy, FDP.Die Liberalen

Petiti Angela, SP
 Rohr Jennifer, SVP
 Ruchti Werner, SVP
 Rusterholz Simone, glp
 Schreiber Sarah, Die Mitte
 Vögeli Nadine, SP
 Wenger Thomas, SVP

Bildungs- und Kulturkommission

P: Mühlemann Vescovi Tamara, Die Mitte
 VP: Fröhlicher Silvia, SP
 VP: Künzli Beat, SVP
 Conti Roberto, SVP
 Eggs Janine, Grüne
 Kumpli Michael, FDP.Die Liberalen
 Lupi Marco, FDP.Die Liberalen
 Matter-Linder Rebekka, Grüne

Meier-Moreno Matthias, Die Mitte
 Meppiell Andrea, SVP
 Misteli Manuela, FDP.Die Liberalen
 Nützi Daniel, Die Mitte
 Rütli Christine, SVP
 Stricker Mathias, SP
 Wyss Nicole, SP

Sozial- und Gesundheitskommission

P: Stocker Luzia, SP

VP: Studer Thomas, Die Mitte

Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen

Engeler Anna, Grüne

Fischer Marlene, Grüne

Giger Thomas, SVP

Ginsig Christian, glp

Jäggi Hardy, SP

Jeggli Rolf, Die Mitte

Leibundgut Barbara, FDP.Die Liberalen

Ritschard Stephanie, SVP

Rohner Franziska, SP

Stöckli Silvia, SVP

Vögtli Bruno, Die Mitte

Weisskopf Sabrina, FDP.Die Liberalen

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

P: Winkler Mark, FDP.Die Liberalen

VP: Kupper Edgar, Die Mitte

Anderegg Matthias, SP

Brons Johannes, SVP

Dietschi Markus, FDP.Die Liberalen

Esslinger Simon, SP

Frey Schär Myriam, Grüne

Gasser Kuno, Die Mitte

Heri Philipp, SP

Jeker Sibylle, SVP

Kunz Kevin, SVP

Lüthi Thomas, glp

Nussbaumer Georg, Die Mitte

Rufer Martin, FDP.Die Liberalen

von Sury-Thomas Susan, Die Mitte

Redaktionskommission

P: Fürst Thomas, FDP.Die Liberalen

VP: von Däniken Benjamin, Die Mitte

Ruf Philippe, SVP

Spezialkommissionen

«Digitalisierung Kantonsrat»

P: Häner David, FDP.Die Liberalen

VP: Engeler Anna, Grüne

Ammann Markus, SP

Aschberger Richard, SVP

Ginsig Christian, glp

von Däniken Benjamin, Die Mitte

Interparlamentarische Gremien

Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz (IPK)

Von Amtes wegen:

Präsident (Lupi Marco, FDP.Die Liberalen)

I. Vizepräsident (Conti Roberto, SVP)

Ordentliche Mitglieder:

Gasser Kuno, Die Mitte

von Arx Thomas, SVP

Wyss Hansueli, FDP.Die Liberalen

Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission Polizeischule Hitzkirch (IPK Hitzkirch)

Bartholdi Johanna, FDP.Die Liberalen

Kissling Karin, Die Mitte

Interparlamentarische Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz (IPK FHNW)

Fischer Marlene, Grüne

Gomm Simon, SP

Kumpli Michael, FDP.Die Liberalen

Nützi Daniel, Die Mitte

Ruf Philippe, SVP

Oberrheinrat

Gasser Kuno, Die Mitte